

Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft 2010-2014

Juli 2010

SPERRFRIST: Donnerstag, 29. Juli 2010, 11:00 Uhr



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES

Vienna

Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft 2010-2014

Jahresmodell LIMA/05

Juli 2010

Die ökonometrischen Modellprognosen
werden von einer Arbeitsgruppe
der Abteilung Ökonomie erstellt:

Bernhard Felderer

Ines Fortin

Daniela Grozea-Helmenstein

Helmut Hofer

Robert M. Kunst

Ulrich Schuh

Wolfgang Schwarzbauer

Edith Skriner

Ludwig Strohner

Klaus Weyerstraß

Ökonometrisches Forschungsprogramm
des Instituts für Höhere Studien

Kontakt:

Bernhard Felderer
☎: +43/1/59991-125
email: felderer@ihs.ac.at

Helmut Hofer
☎: +43/1/599 91-251
email: hofer@ihs.ac.at

Ulrich Schuh
☎: +43/1/599 91-148
email: schuh@ihs.ac.at

Tanja Gewis
Public Relations
☎: +43/1/599 91-122
email: gewis@ihs.ac.at

Das Institut für Höhere Studien (IHS) wurde im Jahr 1963 auf Initiative von Paul F. Lazarsfeld und Oskar Morgenstern mit Unterstützung durch die Ford Foundation, das Österreichische Bundesministerium für Unterricht und die Stadt Wien als ein privater gemeinnütziger Verein gegründet. Seit seinen Anfängen ist das IHS dem Prinzip verpflichtet, dass wissenschaftliche Forschung und Zusammenarbeit eine Plattform für kritische Diskussion, Konsensfindung und sowohl offene als auch kritische wissenschaftliche Expertise bietet. Das höchste Organ des Instituts ist ein Kuratorium, das sich aus bedeutenden Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zusammensetzt. Außerdem wird das Institut von einem international besetzten Beirat unterstützt. Die Finanzierung erfolgt über Subventionen des Bundes (BM für Finanzen und BM für Wissenschaft und Forschung), der Oesterreichischen Nationalbank, der Gemeinde Wien und sonstiger Institutionen. Über 40 % des Institutsbudgets wird durch Auftragsforschung erwirtschaftet.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung und Zusammenfassung	1
	Texttabelle: Wichtige Prognoseergebnisse	4
	Abbildungen: Wichtige Prognoseergebnisse	5/6
2.	Die internationale Konjunktur	7
	2.1 Internationale Konjunkturprognosen	7
	2.2 Länderprognosen	9
	Texttabelle: Internationale Rahmenbedingungen	16
3.	Die österreichische Außenwirtschaft	17
	Abbildung: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten	19
4.	Perspektiven der Inlandskonjunktur	20
	Abbildung: Sparquote der privaten Haushalte	20
	Abbildung: Wachstumsraten des realen BIP und der realen Bruttoinvestitionen	22
	Abbildung: Inflationsrate in Österreich	27
5.	Monetäre Prognose	29
	Texttabelle: Leitzinsen wichtiger Zentralbanken	29
	Abbildung: Renditeabstände zehnjähriger Staatsanleihen	31
	Tabellenanhang	32

1. Einleitung und Zusammenfassung

Moderate Wachstumsdynamik der österreichischen Wirtschaft

Nach dem mit Abstand stärksten Einbruch der Weltwirtschaft seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs schwenkt die österreichische Wirtschaft wieder auf einen moderaten Wachstumskurs ein. In den Jahren 2010 bis 2014 wird das Bruttoinlandsprodukt real um durchschnittlich 2 % pro Jahr zulegen. Diese mittelfristige Vorschau übernimmt dabei die Werte der kurzfristigen Prognose des Instituts vom Juli für die Jahre 2010 und 2011 und erweitert den Prognosehorizont bis 2014. Nach 1.5 % und 1.9 % in den Jahren 2010 und 2011 erwartet das Institut für den restlichen Prognosezeitraum Wachstumsraten von durchschnittlich knapp 2 ¼ %. Insgesamt fällt damit das jährliche Wachstum um 0.4 Prozentpunkte kräftiger als im Durchschnitt der letzten fünf Jahre aus. Das Wachstumstempo der österreichischen Wirtschaft entspricht dem in der EU-27, liegt aber immer noch ¼ Prozentpunkt über dem im Euroraum.

Die Abschätzung der konjunkturellen Entwicklung ist mit großen Unsicherheiten behaftet. Die Situation auf den Finanzmärkten ist weiterhin angespannt. Eine Ausweitung der Vertrauenskrise würde die konjunkturelle Erholung gefährden. Die weltweiten Konjunkturprogramme haben zwar dazu beigetragen, die wirtschaftlichen Folgen der Rezession abzumildern, die staatlichen Defizite sind aber stark gestiegen und die Schuldenstände sind in kurzer Zeit enorm angewachsen. Dies könnte die mittelfristige Wachstumsdynamik spürbar dämpfen. Darüber hinaus könnten von der "Großen Rezession" auch negative Auswirkungen auf das Produktionspotenzial (das bei einer Normalauslastung der Kapazitäten erreichbare Produktionsvolumen) ausgehen. So schätzt etwa die OECD, dass das Niveau des Produktionspotenzials eines durchschnittlichen Industrielandes im Jahr 2013 um 3 % unter dem vor der Krise erwarteten Wert liegt.

Im Zuge der Wirtschaftskrise ist das Wachstum des Produktionspotenzials auch in Österreich zurückgegangen und dürfte sich gegenwärtig auf etwa 1 ½ % belaufen. Zu der Abschwächung hat vor allem der Einbruch der Investitionstätigkeit beigetragen, der zu einem deutlichen Rückgang des Wachstumsbeitrags des Sachkapitals geführt hat. Zudem ist die strukturelle Arbeitslosigkeit gestiegen. Bis zum Ende des Projektionshorizonts sollte sich das Potenzialwachstum, insbesondere aufgrund der anziehenden Investitionstätigkeit, wieder der 2-Prozent-Marke annähern. Die Prognose impliziert, dass 2014 die Outputlücke (Differenz zwischen tatsächlichem und Potenzialoutput) noch nicht geschlossen ist und rund -1 ¾ % beträgt.

Nach der tiefen Rezession hat sich die Weltwirtschaft erstaunlich rasch erholt, allerdings verläuft die Belegung in Europa nur sehr zögerlich. Für die USA wird von einem durchschnittlichen Wachstum im Prognosezeitraum von 2.6 % ausgegangen. Asien entfaltet weiterhin eine kräftige Wachstumsdynamik (China 9.2 %, Japan 1.9 %). Hingegen fällt der Wirtschaftsaufschwung in Europa nur verhalten aus (EU-27 1.9 %, Euroraum 1.7 %). Das Institut erwartet eine im Großen und Ganzen stabile Preisent-

wicklung, wobei ein durchschnittlicher Rohölpreis von knapp 90 USD angenommen wird. Hinsichtlich des USD/EUR-Wechselkurses wird ein Wert von 1.25 unterstellt.

Insbesondere in der Wirtschaftskrise hat der private Konsum in Österreich stabilisierend auf die Konjunktur gewirkt. Im Prognosezeitraum wird eine durchschnittliche Wachstumsrate des Konsums der privaten Haushalte von 1.2 % erwartet. Damit folgt der Konsum in etwa der Dynamik der verfügbaren Einkommen, wobei die Sparquote im Prognosezeitraum marginal rückläufig ist.

Laut den aktuellen Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) hat die Investitionstätigkeit im Durchschnitt in den vergangenen fünf Jahren annähernd stagniert (-0.2 %). Während die Ausrüstungsinvestitionen noch etwas gewachsen sind (1.3 %), verzeichneten die Bauinvestitionen einen leichten Rückgang (-0.6 %). Als Reaktion auf die Wirtschaftskrise ist die Investitionstätigkeit im Vorjahr massiv eingebrochen und schrumpft heuer weiter. Eine niedrige Kapazitätsauslastung, verschärfte Finanzierungsbedingungen und die weiterhin hohe Unsicherheit über die zukünftige Wirtschaftsentwicklung dämpfen die Investitionsneigung. Im Verlauf des Prognosezeitraums sollte die Investitionsgüternachfrage aber wieder etwas anziehen. Im Zeitraum 2010 bis 2014 steigen somit die Bruttoinvestitionen um durchschnittlich 2.2 % pro Jahr. Hierbei entwickeln sich die Ausrüstungsinvestitionen mit einem Wachstum von 2.9 % deutlich günstiger als der Bau (0.8 %). Mit 21 % liegt die Investitionsquote (in % des BIP) am Ende des Prognosezeitraums aber immer noch um rund 2 Prozentpunkte unter den Werten vor der Krise.

Nach dem kräftigen Einbruch im Zuge der weltweiten Rezession erholt sich die österreichische Exportwirtschaft und wird wieder zur Konjunkturstütze. Die verbesserten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der etwas schwächere Euro führen dazu, dass die realen Exporte im weiteren Sinn laut VGR in den nächsten fünf Jahren um durchschnittlich 5.8 % zunehmen. Die Warenexporte wachsen dabei um knapp 7 %. Mit dem Anziehen der Export- und Investitionstätigkeit beschleunigt sich das Importwachstum. Die realen Importe laut VGR werden pro Jahr um knapp 5 % zulegen, wobei das Wachstum bei den Waren knapp 5 ½ % beträgt. Insgesamt gesehen geht vom Außenhandel damit wiederum ein markanter positiver Wachstumsbeitrag aus.

Im Prognosezeitraum wird ein durchschnittlicher Anstieg der Verbraucherpreise von 1.8 % erwartet. Die Inflation ist damit so hoch wie im Durchschnitt der letzten fünf Jahre. Während dieser Zeitraum jedoch durch stark variierende Raten gekennzeichnet war, geht das Institut von einer ruhigen Preisentwicklung im Prognosezeitraum aus. Die Inflationsraten liegen im Bereich von 1.7 % bis 1.9 %. Die Prognose unterstellt dabei ein moderates Wachstum der Lohnstückkosten sowie keinen starken Preisauftrieb bei den internationalen Rohstoff- und Energiepreisen.

Die Rezession hat am österreichischen Arbeitsmarkt deutliche Spuren hinterlassen. Die aktuellen Daten deuten aber darauf hin, dass die Arbeitsmarktentwicklung deutlich positiver als befürchtet ausfallen dürfte. Im Vorjahr ist die Arbeitslosenquote auf 7.2 % geklettert und verharrt heuer auf diesem Niveau. Die Beschäftigungsnachfrage dürfte im Prognosezeitraum pro Jahr um rund ¾ % zunehmen. Allerdings zieht auch das Arbeitskräfteangebot wieder an. Folglich sollte in den nächsten Jahren die

Arbeitslosigkeit stetig zurückgehen und die Arbeitslosenquote am Ende des Prognosezeitraums 6.7 % betragen.

Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte wird von den Folgen der Wirtschaftskrise dominiert. In diesem Jahr wird das Defizit auf 4.5 % des BIP ansteigen. Aus Sicht des Instituts ist die geplante Konsolidierung unbedingt notwendig. Das Institut geht davon aus, dass die Defizitquote pro Jahr um jeweils rund ½ Prozentpunkt abgesenkt werden wird. Am Ende des Prognosezeitraums läge damit die Defizitquote wieder unter der 3-Prozent-Marke.

Die konjunkturstimulierenden Maßnahmen haben dazu beigetragen, die negativen Folgen des internationalen Wirtschaftseinbruchs abzufedern. Nun muss aber die Sicherung der Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen wieder ins Zentrum der wirtschaftspolitischen Anstrengungen treten. Ein Aufschieben der Konsolidierung würde die mittelfristigen Wachstumsaussichten der österreichischen Wirtschaft dämpfen. Aufgrund von Effizienzüberlegungen ist primär bei der Ausgabenseite anzusetzen. Vor dem Hintergrund der Alterung der Gesellschaft sollte wieder das Ziel eines zumindest ausgeglichenen Staatshaushalts verfolgt werden. Die Nutzung aller Einsparungspotenziale ist dabei erforderlich. Die zügige Umsetzung von Reformen, etwa im Bereich der Verwaltung, der Beziehungen der öffentlichen Gebietskörperschaften untereinander, bei den Pensionen sowie im Bildungs- als auch im Gesundheitssystem, ist unumgänglich. Bei einnahmeseitigen Maßnahmen ist immer die bereits hohe Steuerbelastung in Österreich zu berücksichtigen.

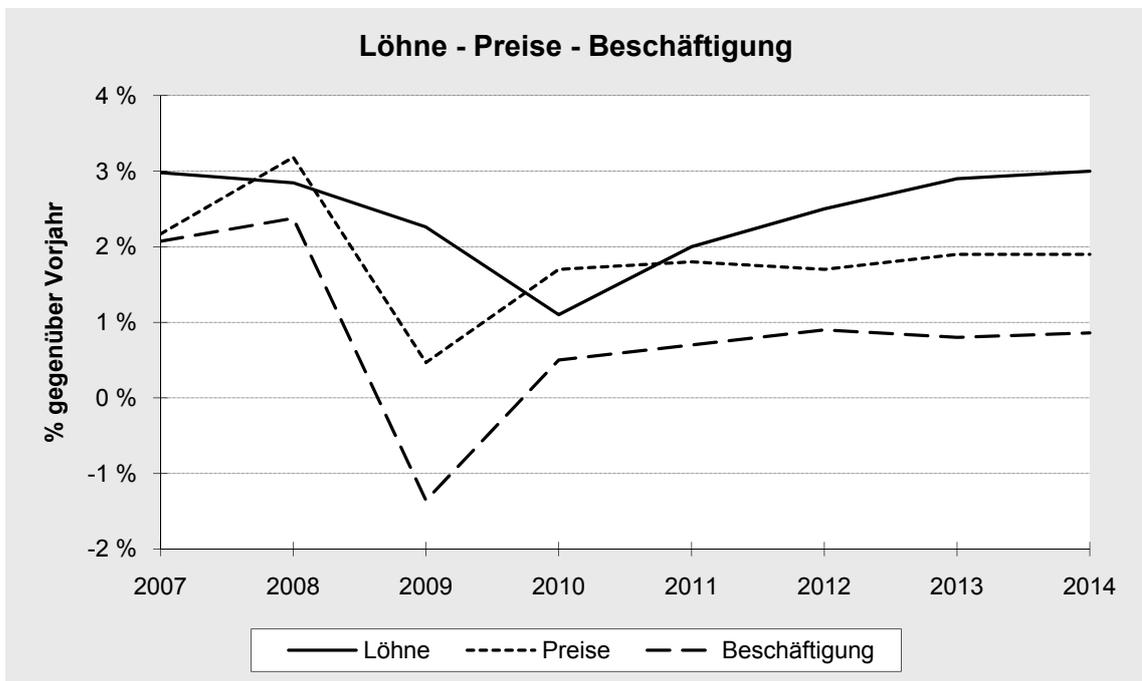
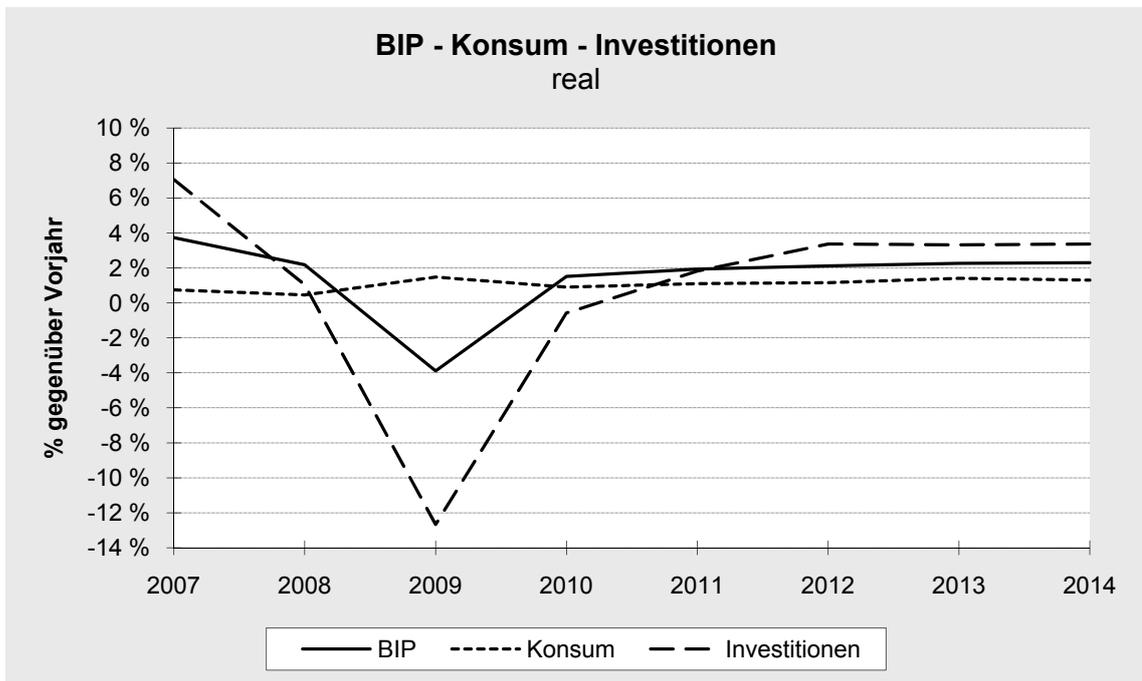
Wichtige Prognoseergebnisse

Durchschnittliche Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

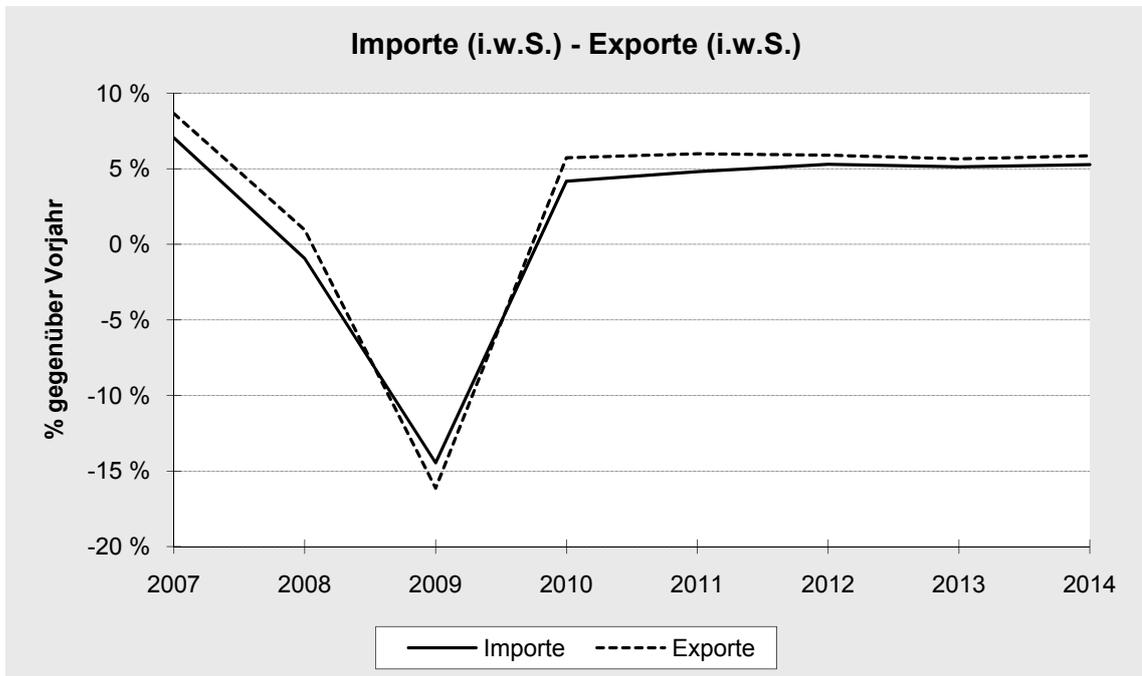
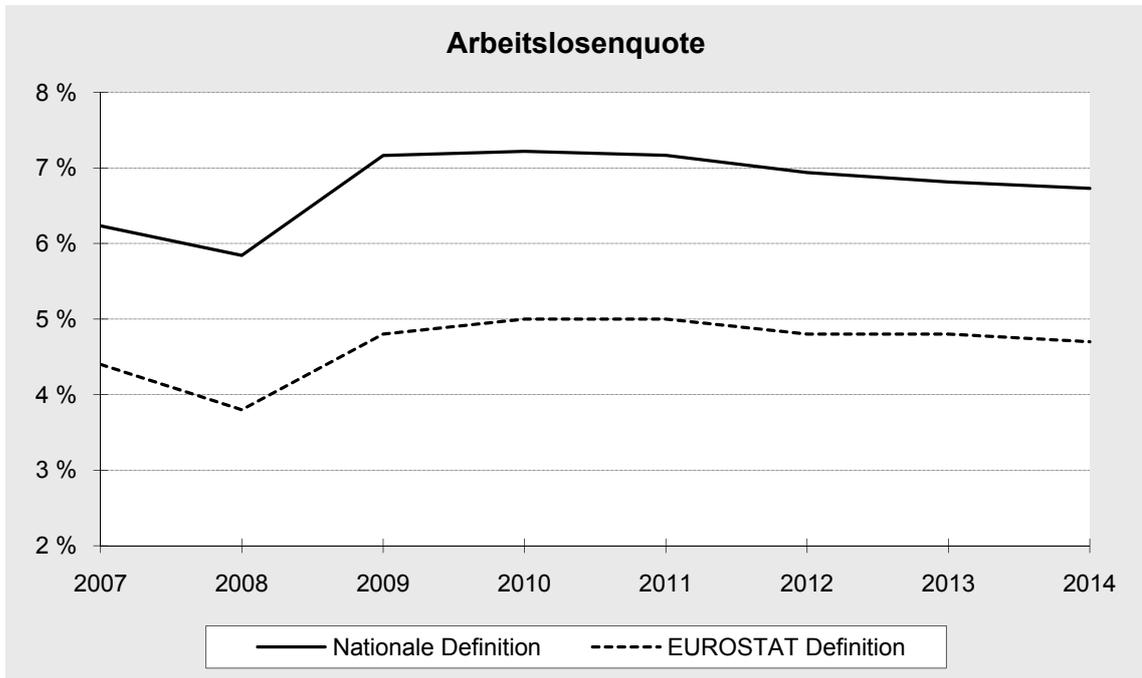
	2005-2009	2010-2014
Bruttoinlandsprodukt, real	1.6	2.0
Privater Konsum, real	1.3	1.2
Bruttoinvestitionen insgesamt, real	-0.2	2.2
Ausrüstungsinvestitionen, real	1.3	2.9
Bauinvestitionen, real	-0.6	0.8
Inlandsnachfrage, real	1.1	1.3
Exporte i.w.S., real	1.3	5.8
Waren, real (laut VGR)	0.4	6.9
Reiseverkehr, real (laut VGR)	1.7	0.9
Importe i.w.S., real	0.3	4.9
Waren, real (laut VGR)	0.5	5.4
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-0.8	0.8
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	1.1	0.8
Arbeitslosenquote: Nationale Definition *)	6.7	7.0
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition *)	4.6	4.9
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2.7	2.3
Preisindex des BIP	1.7	1.6
Verbraucherpreisindex	1.9	1.8
3-Monats-Euribor *)	3.1	1.8
10-Jahres-BM-Rendite öst. Staatsanleihen *)	3.9	4.1

*) absolute Werte

WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 1



WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 2



2. Die internationale Konjunktur

2.1 Internationale Konjunkturprognosen

Die Weltwirtschaft verzeichnete in den Jahren 2005 bis 2007 eine Hochkonjunkturphase. Als Folge der dynamischen Nachfrage zogen die Rohstoffpreise stark an. Der Aufschwung bei den Investitionen wurde vom robusten Wachstum in den großen Volkswirtschaften, der hohen Rentabilität der Unternehmen und den steigenden Aktienkursen beflügelt. Starke Wachstumsimpulse gingen von der US-Wirtschaft und den asiatischen Volkswirtschaften aus. Die chinesische und die indische Wirtschaft wiesen die stärkste Dynamik auf. Nach der jahrelang andauernden Stagnation hat sich in Japan die konjunkturelle Entwicklung gefestigt, und auch in Europa wurde ein robustes Wirtschaftswachstum verzeichnet. Die Phase der Hochkonjunktur ging jedoch 2008 weltweit zu Ende. Die hohe Inflation bremste den Konsum der privaten Haushalte, und die Unternehmen begannen unter den verschärfteren Finanzierungsbedingungen und hohen Rohstoffpreisen zu leiden. Die Probleme am US-Immobilienmarkt lösten eine Bankenkrise aus. Die Aktienmärkte verzeichneten Rückschläge, wobei sich die Situation ab September 2008 durch die Insolvenz von *Lehman Brothers* drastisch verschlimmerte. Der Konjunkturreinbruch in den großen Industrieländern breitete sich am Jahresende 2008 rasch auf die gesamte Weltwirtschaft aus. 2009 erlitt die Weltwirtschaft den stärksten konjunkturellen Einbruch seit dem Zweiten Weltkrieg. Die exportorientierten Ökonomien verzeichneten dabei den größten Rückgang, wobei vor allem der Maschinenbau und die Fahrzeugindustrie hohe Verluste verbuchten. Im Zeitraum 2005 bis 2009 wuchs die Weltwirtschaft im Jahresdurchschnitt um 2.5 %, der reale Welthandel legte um durchschnittlich 2.3 % zu, und die grenzüberschreitenden Direktinvestitionen dürften um 12 % gewachsen sein.

Seit Mitte 2009 befindet sich die Weltkonjunktur wieder auf Erholungskurs. Die staatlichen Stimulierungsmaßnahmen, die expansive Geldpolitik und die moderate Preisentwicklung haben stabilisierend gewirkt. Die Dynamik wird generell vom auflebenden grenzüberschreitenden Handel mit Waren und Dienstleistungen getragen, wobei die stärksten Impulse aus den Schwellenländern wie China, Indien und Brasilien kommen. Es zeichnet sich ab, dass 2010 in Asien und Amerika die Konjunkturbelebung am stärksten ausfällt. In Europa ist hingegen mit einem zögerlichen Aufschwung zu rechnen, weil in vielen Ländern die Binnennachfrage schwach ist. In den kommenden Jahren dürfte sich die Wachstumsdynamik in der Weltwirtschaft etwas verlangsamen, aber robust bleiben. Die Regierungen zahlreicher Staaten werden in den kommenden Jahren einen strikten Sparkurs einhalten müssen. Strengere Richtlinien für die Vergabe von Krediten an Unternehmen und private Haushalte könnten im Prognosezeitraum die Investitionstätigkeit erschweren. In den Industrieländern dürfte die Arbeitslosigkeit nur langsam zurückgehen. Die Ausgaben der Konsumenten werden daher langsamer wachsen, als es in den Aufschwungphasen früherer Konjunkturzyklen der Fall war. Die Geldpolitik wird voraussichtlich weiterhin expansiv bleiben, um die Weltkonjunktur zu stützen.

Nachdem der Erdölpreis (Brent) im Zeitraum 2005 bis 2009 im Durchschnitt 70.3 USD pro Fass ausmachte, wird dieser Prognose ein durchschnittlicher Preis von 88.5 USD zugrunde gelegt. Angesichts

einer effizienteren Nutzung des Rohstoffs wird der Zuwachs in der Nachfrage nach Erdöl in den kommenden Jahren langsamer als in den vergangenen fünf Jahren ausfallen. Wechselkursseitig erwartet das Institut, dass sich der Dollar gegenüber dem Euro im Prognosezeitraum stabilisiert. Durch die erwartete Festigung der Wirtschaftsentwicklung in den USA sinkt das Risiko einer Dollar-Abwertung. Das Institut geht daher in der Prognose von einem Durchschnittswert von 1.25 USD aus.

Das Wirtschaftswachstum der Industrieländer wird im Durchschnitt des Zeitraums 2010 bis 2014 2.3 % betragen, nach 1.1 % in den vergangenen fünf Jahren. In den Schwellenländern wird der Zuwachs deutlich höher liegen. Die Wirtschaft Asiens (ohne Japan) wuchs in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 8.9 %. Der konjunkturelle Aufschwung der Region erreichte im Jahr 2007 seinen Höhepunkt. Die Wirtschafts- und Finanzkrise erfasste Ende 2008 die asiatischen Volkswirtschaften und verstärkte sich Anfang 2009. Die Tigerstaaten, insbesondere die Wirtschaften von Singapur, Hongkong, Taiwan und Malaysia, litten unter dem rückläufigen globalen Handel. China und Indien waren zwar auch vom Rückgang der Exportnachfrage betroffen, die Konjunktur der beiden Länder wurde aber von der Inlandsnachfrage gestützt. Der IWF erwartet für 2010 in den asiatischen Schwellenländern ein Wirtschaftswachstum von 8.7 %. In den kommenden Jahren könnte das durchschnittliche Wachstum ähnlich hoch ausfallen. Zwischen 2005 und 2009 ist die Wirtschaft Lateinamerikas im Jahresdurchschnitt um 3.6 % gewachsen. Die konjunkturelle Entwicklung wurde vor allem von der regionalen Nachfrage getrieben. Durch die hohe Abhängigkeit von Rohstoffexporten ist die Wirtschaft Lateinamerikas 2009 vom weltweiten Konjunkturabschwung nicht verschont geblieben. 2010 hat sie sich jedoch rasch erholt, zurückzuführen unter anderem auf die belebte Inlandskonjunktur in Brasilien. Die Kapitalzuflüsse nach Lateinamerika haben wieder an Fahrt aufgenommen. Im Prognosezeitraum dürfte in Lateinamerika das durchschnittliche Wirtschaftswachstum 4 % ausmachen.

In den vergangenen fünf Jahren wuchs die Wirtschaft der EU-27 um durchschnittlich 0.9 %, im Euroraum betrug das Wachstum 0.7 %. Auf eine verhaltene Entwicklung folgte in den Jahren 2006 und 2007 eine Phase der Hochkonjunktur. Die kräftige Konjunkturbelebung gründet sich vor allem auf die wirtschaftliche Erholung in den großen Ländern Deutschland, Frankreich und Italien. 2008 begann jedoch auch die Wirtschaft des Euroraums unter den hohen Energie- und Nahrungsmittelpreisen, der Finanzkrise und der sinkenden weltweiten Konjunkturdynamik zu leiden. 2009 belastete vor allem der massive Exporteinbruch die Wirtschaftsentwicklung im Euroraum. Die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern ging massiv zurück. Die öffentlichen Stabilisierungsmaßnahmen haben die Budgetdefizite der einzelnen Mitgliedstaaten kräftig in die Höhe getrieben.

Im Jahr 2010 festigt sich im Euroraum der Aufschwung, der von den Exporten getragen wird. Die Konsumnachfrage bleibt wegen der hohen Arbeitslosigkeit und der Einkommensentwicklung gedämpft. Die Arbeitslosigkeit wird nur sehr langsam zurückgehen und die Inflation dürfte die 2-Prozent-Marke nicht überschreiten. Eine Kürzung der staatlichen Ausgaben und Steuererhöhungen werden in den folgenden Jahren notwendig sein, um eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in den einzelnen Mitgliedstaaten zu erreichen. Die Arbeitslosenquote, die in der letzten Fünfjahresperiode durchschnittlich 8.4 % betrug, wird im Prognosezeitraum höher ausfallen. Nach einem Durchschnitt von 2 % in den vergangenen fünf Jahren könnte die Inflation im Prognosezeitraum etwas schwächer ausfallen. Die

Europäische Zentralbank dürfte den Leitzinssatz, der seit Mai 2009 1 % beträgt, in den kommenden Jahren nur etwas anheben. Das jahresdurchschnittliche Wirtschaftswachstum im Euroraum wird im Prognosezeitraum voraussichtlich 1.7 % betragen.

2.2 Länderprognosen

Die Wirtschaft der **USA** ist im Zeitraum 2005 bis 2009 im Jahresdurchschnitt um 1.2 % gewachsen. Die Arbeitslosenquote belief sich auf 5.9 % und die Inflation betrug 2.6 %. Der Zuwachs der Arbeitsproduktivität hat in den vergangenen fünf Jahren nur 1 % ausgemacht. Der Anstieg der Exportquote wurde von der Wechselkursentwicklung gestützt, das Leistungsbilanzdefizit ging dadurch zum Teil zurück. Am Binnenmarkt führten niedrige Finanzierungskosten in der Immobilienbranche zu einer Überhitzung. Der Boom im Eigenheimbau wurde von der Erwartung weiter stark steigender Immobilienpreise gestützt. Höhere Finanzierungskosten und eine fallende Nachfrage führten dann zu gravierenden Problemen, die sich auch auf andere Wirtschaftsbereiche, insbesondere auf die Finanzdienstleistungen, ausweiteten. Das Platzen der Immobilienblase löste eine Bankenkrise aus. 2008 ist dann die gesamte Wirtschaft der USA in eine Rezession geraten. Die Korrektur am Immobilienmarkt, die geringere Verfügbarkeit von Krediten, die Turbulenzen auf den Finanzmärkten und die hohen Ölpreise haben die Wirtschaftslage weiter verschärft. Die Nachfrage der privaten Haushalte, die etwa 70 % der Wirtschaftsleistung entspricht, ist zum ersten Mal seit 1974 gefallen. Angesichts der schweren Wirtschaftskrise hat die amerikanische Notenbank den Leitzins Ende 2008 auf den historischen Tiefstand von 0 % – 0.25 % gesenkt und seitdem auf diesem Niveau belassen.

Umfangreiche Konjunkturpakete und die expansive Geldpolitik haben die US-Konjunktur spürbar belebt. 2010 wird die Wirtschaft von der Erholung in der Binnennachfrage getragen. Die für die USA im Vergleich zum Euroraum besseren Wachstumsaussichten haben zur Aufwertung des US-Dollar beigetragen. Einerseits verbilligen sich dadurch in den USA die Importe, andererseits sinkt die Wettbewerbsfähigkeit der exportorientierten Industrie. Der Aufschwung wird sich in den kommenden Jahren verhalten fortsetzen. Im Prognosezeitraum könnte das BIP der USA um durchschnittlich 2.6 % zulegen. Die Konsumnachfrage wird sich aufgrund hoher Arbeitslosigkeit und Verschuldung der privaten Haushalte nur langsam erholen. Die öffentlichen Stimulierungsmaßnahmen trieben das Budgetdefizit in die Höhe, was Einsparungen im öffentlichen Sektor in den kommenden Jahren erforderlich macht. Das Leistungsbilanzdefizit wird voraussichtlich wieder ansteigen. Die Stabilisierung am Immobilienmarkt könnte sich hingegen fortsetzen. Die Inflation dürfte niedrig sein und die Arbeitslosenquote über dem Durchschnittswert der vergangenen fünf Jahre liegen.

Die Wirtschaft **Japans** ist in den vergangenen fünf Jahren durchschnittlich um 0.1 % geschrumpft. Die Arbeitslosenquote belief sich auf 4.3 %, die Preise stagnierten. Die Arbeitsproduktivität ist um durchschnittlich 0.2 % gesunken. In den Jahren 2005 bis 2007 befand sich die japanische Wirtschaft in einer Hochkonjunkturphase. Die Außenwirtschaft profitierte von der Nachfragebelebung in den USA, zudem war auch die Wechselkurspolitik der *Bank of Japan* auf eine Verbesserung der Exportchancen ausgerichtet. Darüber hinaus hat die moderate Teuerungsrate bei den Exportpreisen zum Erfolg im Außenhandel beigetragen. Hohe Einkommensrückflüsse aus Auslandsinvestitionen wirkten sich posi-

tiv auf die Wirtschaftsentwicklung des Landes aus. Aufgrund der kräftigen Arbeitsnachfrage belebte sich der Konsum. Nach einer jahrelangen Deflation sind die Verbraucherpreise in den Jahren 2005 bis 2007 angestiegen. 2008 begann sich die Binnennachfrage abzuschwächen. Rückläufig entwickelten sich der private Konsum und die Investitionstätigkeit. 2009 hat sich der konjunkturelle Abschwung in Japan deutlich verschärft. Durch den weltweiten Konjunkturunbruch und die Aufwertung des Yen ist die Nachfrage nach japanischen Exportgütern drastisch gesunken. Damit sahen sich die Unternehmen veranlasst, ihre Produktion und Investitionen zu drosseln und Arbeitsplätze abzubauen.

2010 stützt die Nachfragekraft der wichtigsten Handelspartner im asiatischen Raum die japanische Außenwirtschaft. Den japanischen Unternehmen kommen die nationalen und ausländische Konjunkturpakete zugute. Auch die Konsumausgaben entwickeln sich überdurchschnittlich gut, weil die Einkommen steigen. Nach einem starken Konjunkturaufschwung 2010 wird sich die Wachstumsdynamik in den kommenden Jahren wieder abschwächen. Das Institut erwartet im Prognosezeitraum ein durchschnittliches BIP-Wachstum von 1.9 %. Die Außenwirtschaft bleibt weiterhin die Stütze der Konjunktur. Besser als in den vergangenen Jahren dürfte sich auch der private Konsum entwickeln. Die Arbeitslosigkeit wird sich nicht zurückbilden, und ein Auftrieb bei den Verbraucherpreisen ist noch nicht in Sicht. Die japanische Zentralbank plant, in den kommenden Jahren an ihrer Niedrigzinspolitik festzuhalten, um die Deflationsgefahr zu mindern.

Die Wirtschaft der **Volksrepublik China** ist in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 11.4 % gewachsen. In den Jahren 2005 bis 2007 hat sich die Konjunktur beschleunigt, gefolgt von einer Abschwächung in den folgenden zwei Jahren. Um einen stärkeren Abschwung zu vermeiden, hat die chinesische Regierung bereits 2008 ein massives Konjunkturpaket geschnürt, dem weitere Stimulierungsmaßnahmen folgten. Die Notenbank hat den Leitzins drastisch auf 1.5 % gesenkt.

Die Volksrepublik China zählt zu den wichtigsten Wachstumsmotoren in der Weltwirtschaft. Getragen wird die Entwicklung von der Investitionstätigkeit. In der Baubranche ist die Dynamik am stärksten. Die Kapitalzuflüsse aus dem Ausland nehmen 2010 wieder stärker als im Vorjahr zu. Im Außenhandel mit Gütern wird zwar ein Überschuss erzielt, er dürfte aber geringer als in den vergangenen Jahren ausfallen. Steigende Einkommen ermöglichen es den Haushalten, langlebige Wirtschaftsgüter wie Eigenheime und Kraftfahrzeuge zu erwerben. Die größte Herausforderung für die chinesische Wirtschaftspolitik besteht darin, eine mögliche Überhitzung abzuwehren. Derzeit steigen Immobilienpreise und Kreditnachfrage stark an. Eine restriktivere Geldpolitik wird jedoch wegen der europäischen Schuldenkrise aufgeschoben. In den folgenden Jahren könnte sich das Wirtschaftswachstum etwas abkühlen. Das Auslaufen von Konjunkturpaketen, eine restriktivere Geldpolitik und eine Währungsaufwertung könnten die Gründe dafür sein. Das Institut erwartet für den Prognosezeitraum ein durchschnittliches BIP-Wachstum von 9.2 %.

In den Jahren 2005 bis 2009 wuchs die Wirtschaft **Deutschlands** im Durchschnitt um 0.5 %. Die Arbeitslosenquote betrug durchschnittlich 8.7 % und die Inflation 1.8 %. In den Jahren 2005 bis 2007 haben das hohe Produktivitätswachstum und sinkende Lohnstückkosten maßgeblich zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit beigetragen. Die Verlagerung von Teilen der Produktion, etwa in ost-

europäische Niedriglohnländer, hat den deutschen Unternehmen Kostenvorteile verschafft. Der Unternehmenssektor hat mit diesem Restrukturierungskurs deutlich an Leistungsfähigkeit gewonnen. Die deutsche Wirtschaft behielt ihre führende Rolle in der Herstellung von Hochtechnologieprodukten. Die Exportquote erreichte 2008 mit 47.2 % einen Höchststand. Die positive Entwicklung griff auch auf die Inlandsnachfrage über. In den Jahren 2006 und 2007 verzeichnete die deutsche Wirtschaft somit eine Hochkonjunkturphase. Die Arbeitslosigkeit konnte erfolgreich verringert werden, und die Inflation lag unter dem EU-Durchschnitt. Durch den hohen Offenheitsgrad wurde die deutsche Wirtschaft vom Einbruch der Weltkonjunktur besonders hart getroffen. 2009 sank die weltweite Nachfrage gerade nach Investitionsgütern, auf die sich deutsche Unternehmen spezialisiert haben. Darunter litt der Maschinenbau am meisten.

Die Erholung im Jahr 2010 wird von der Exporttätigkeit angetrieben. Von der positiven Entwicklung in der Weltwirtschaft profitieren vornehmlich die deutschen Hersteller von Vorleistungs- und Investitionsgütern. In den kommenden Jahren wird neben den Exporten auch die Investitionstätigkeit wieder anziehen. Die Arbeitslosigkeit wird abnehmen, und die Konsumnachfrage dürfte sich somit etwas beleben. Die Staatsausgaben werden im Prognosezeitraum verhaltener als in den vergangenen Jahren zulegen. Die stabile Entwicklung beim Wechselkurs und den Rohstoffpreisen ermöglicht eine moderate Preisentwicklung im Inland. Die deutsche Wirtschaft wird im Prognosezeitraum voraussichtlich um 1.9 % pro Jahr zulegen.

Das BIP **Italiens** ging in den vergangenen fünf Jahren durchschnittlich um 0.5 % zurück. Die Arbeitslosenquote betrug 7 %, die Inflationsrate 2.1 %. In den Jahren 2005 bis 2007 befand sich Italien zwar in einer Hochkonjunkturphase, zurückzuführen auf die rege Nachfrage der privaten und öffentlichen Haushalte. Im Außenhandel resultierten jedoch steigende Lohnstückkosten und die Spezialisierung der Industrie auf nur langsam wachsende Segmente der Weltwirtschaft in einer mangelnden Wettbewerbsfähigkeit der italienischen Industrie, insbesondere gegenüber den Hauptkonkurrenten aus Asien. Während es der deutschen Wirtschaft gelang, die Produktivität zu verbessern, verzeichnete Italien in dieser Hinsicht kaum Fortschritte. Die Exportwirtschaft erlitt daher hohe Marktanteilsverluste. Die Leistungsbilanz wies somit in den vergangenen fünf Jahren ein Defizit aus. Im Einklang mit der globalen Wirtschaftsentwicklung hat auch in Italien 2008 der konjunkturelle Abschwung eingesetzt, der sich 2009 deutlich verstärkte. Die exportorientierten Branchen erlitten dabei den größten Einbruch. Durch öffentliche Hilfsprogramme und Steuererleichterungen wurden noch größere Verluste im Fahrzeug- und Maschinenbau verhindert.

Im Jahr 2010 wird der Aufschwung von der Auslandsnachfrage eingeleitet. Die Konsumzurückhaltung der privaten Haushalte reflektiert hingegen die angespannte Lage am Arbeitsmarkt. Unter dem Eindruck der Krise in anderen europäischen Ländern hat die italienische Regierung einschneidende Sparmaßnahmen beschlossen, die den Aufschwung kurzfristig hemmen könnten. In den kommenden Jahren dürfte sich jedoch auch in Italien der Wirtschaftsentwicklung festigen. Das BIP wird im Prognosezeitraum um 1.4 % pro Jahr wachsen. Die Nachfrage in der Exportwirtschaft wird weiterhin dynamisch bleiben und in der Baubranche könnte eine Erholung einsetzen. Auch ist mit einer Belebung der

Investitionstätigkeit zu rechnen. Der Arbeitsmarkt wird sich stabilisieren und der Inflationsdruck dürfte gering bleiben.

Die Wirtschaft **Frankreichs** entwickelte sich in den vergangenen Jahren robuster als die italienische. Im Zeitraum 2005 bis 2009 betrug das Wachstum im Durchschnitt 0.8 %. Die Arbeitslosenquote belief sich auf 8.8 % und die Inflation auf 1.7 %. In den Jahren 2005 bis 2008 bildete die Nachfrage der privaten Haushalte die treibende Kraft in der Wirtschaftsentwicklung des Landes. Durch die geringere Abhängigkeit der französischen Wirtschaft vom Export ist der Konjunkturreinbruch im Jahr 2009 deutlich schwächer ausgefallen als in den großen Nachbarländern. Einkommenszuwächse haben den Konsum gestützt, und auch die Stimulierungsmaßnahmen im Bereich Infrastruktur und in der Fahrzeugindustrie haben den Abschwung gemildert. Die Fahrzeugbranche profitierte 2009 darüber hinaus von den Konjunkturpaketen (Abwrackprämien) in den Nachbarländern.

2010 ziehen in Frankreich die private Haushaltsnachfrage und die Exporte deutlich an. In den kommenden Jahren dürfte sich dieser Trend fortsetzen. Der Zuwachs bei den öffentlichen Ausgaben wird jedoch voraussichtlich kleiner als in den vergangenen Jahren ausfallen. Ab 2011 werden die Bauinvestitionen wieder ausgeweitet. Von der Außenwirtschaft wird in den folgenden Jahren kein Wachstumsimpuls erwartet. Die Inflation wird moderat bleiben. Ein rascher Abbau der Arbeitslosigkeit ist nicht in Sicht. Die französische Wirtschaft wird somit im Prognosezeitraum um durchschnittlich 1.9 % wachsen.

Die Wirtschaft des **Vereinigten Königreichs** verzeichnete in den vergangenen fünf Jahren ein durchschnittliches Wachstum von 0.5 %. Die Inflation belief sich auf 2.5 %. Bis 2007 entwickelte sich die Inlandsnachfrage sehr robust. Die ausgezeichnete Konjunktur hat zu steigenden Einkommen geführt. Der private Konsum war dynamisch, und auch die Bauinvestitionen wiesen ein hohes Wachstum auf. Eine deutliche Abkühlung der Nachfrage setzte 2008 ein. Wie in den USA, so sah sich auch die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs mit einem überhitzten Immobilienmarkt, der Verschuldung der privaten Haushalte und einem angeschlagenen Finanzsektor konfrontiert. Die Kapitalzuflüsse von Unternehmen, die in die britische Wirtschaft investieren, begannen drastisch einzubrechen. 2009 hat sich, neben dem krisengeschüttelten Dienstleistungssektor, der konjunkturelle Abschwung in der Außenwirtschaft und bei den Investitionen niedergeschlagen. Wegen der schleppenden Nachfrage und der Rohstoffpreisentwicklung ist die Inflation markant gesunken. Der Leitzins erreichte ein Rekordtief von 0.5 %.

Die britische Wirtschaft profitiert 2010 von der vorteilhaften Wechselkursentwicklung. Eine starke Belebung verzeichnen daher die exportorientierten Branchen der Güterverarbeitenden Industrie. In der Baubranche und im Kfz-Handel belebt sich die Nachfrage. Der starke Anstieg der Inflation zu Jahresbeginn 2010 ist auf temporäre Faktoren wie die Erhöhung der Mehrwertsteuer und die Teuerung von Energie zurückzuführen. In den kommenden Jahren ist jedoch mit einem Abflachen des Preisauftriebs zu rechnen. Die *Bank of England* kann daher den Kurs der expansiven Geldpolitik voraussichtlich beibehalten. Im Prognosezeitraum dürfte das BIP um 2 % pro Jahr zulegen. Die Konsumnachfrage und die Investitionstätigkeit werden sich voraussichtlich verstärken. Es ist jedoch auch mit einem Anstieg

des Außenhandelsdefizits zu rechnen. Der notwendige Sparkurs der öffentlichen Hand könnte auch im Vereinigten Königreich die Wirtschaftsentwicklung dämpfen.

In den Jahren 2005 bis 2009 wuchs die Wirtschaft der **Schweiz** um durchschnittlich 2 %. Trotz der vergleichsweise guten Wirtschaftslage blieb die Inflation mit 0.7 % moderat. In den Jahren 2005 bis 2008 wurde die Konjunktur von den Exporten getragen. Die Exportquote erreichte 2006 einen Höchststand von 60 %. Aber auch die Inlandsnachfrage war breit abgestützt. Die Ausrüstungsinvestitionen verzeichneten ein kräftiges Wachstum, und Fusionen und Übernahmen fanden deutlich häufiger als in den vorangegangenen Jahren statt. Die günstige Einkommens- und Arbeitsmarktentwicklung stützte den privaten Konsum. In den Jahren 2006 und 2007 begannen sich jedoch in der Bauwirtschaft Probleme abzuzeichnen, und im Jahr 2008 hat sich die Konjunktur der gesamten Schweizer Wirtschaft merklich abgekühlt. Die Finanzkrise und Rezessionsängste in den USA waren die Auslöser dafür. Die Wirtschaft der Schweiz ist somit im Sommer 2008 in eine Rezession geraten. 2009 wurde ein markanter Einbruch in der Außenwirtschaft und in der Folge bei den Ausrüstungsinvestitionen verzeichnet. Trotz freier Kapazitäten und deutlicher Gewinnrückgänge ging die Beschäftigung nicht zurück, weil viele Firmen die Möglichkeit der Kurzarbeit ausgeschöpft haben.

Die Schweizer Wirtschaft verzeichnet 2010 einen starken Aufschwung, gestützt von der Konsumnachfrage, der Lohn- sowie der Beschäftigungsentwicklung. Zudem entfalten wichtige Exportmärkte außerhalb Europas wie Asien und die USA eine starke Nachfragedynamik. In den kommenden Jahren wird sich die Konjunkturentwicklung beschleunigen. Im Prognosezeitraum dürfte das BIP um durchschnittlich 2 % zulegen. Die zu erwartende geringe Teuerungsrate erlaubt es der *Schweizerischen Nationalbank* (SNB), die expansive Geldpolitik beizubehalten. Ein Risiko bildet die Nachfragentwicklung im Euroraum, wo eine konjunkturelle Abkühlung in Verbindung mit einem starken Schweizer Franken den Exportsektor empfindlich treffen könnte.

Nach einem BIP-Wachstum um 3.6 % im Durchschnitt der letzten fünf Jahre dürfte sich das Wachstum der Wirtschaften der **mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländer (NMS)** mittelfristig verlangsamten und im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2014 2.7 % betragen.

Der Aufschwung im Euroraum, insbesondere in Deutschland, dürfte die Erholung der Wirtschaften der NMS, vor allem in den Ländern mit hohem Offenheitsgrad wie Tschechien, Slowakei und Ungarn, am Anfang der Prognoseperiode unterstützen. Die Nettoexporte werden somit wichtige Wachstumstreiber sein. Die Investitionen werden sich wegen der gedämpften Nachfrageaussichten und der restriktiveren Kreditvergabe der Geschäftsbanken nur langsam erholen. Der private Konsum sollte mit dem Abbau der hohen Arbeitslosigkeit allmählich anziehen. Großinvestitionsprojekte wie beispielsweise die Pipelines *Nabucco* und *South Stream* sowie durch die EU kofinanzierte Infrastrukturprojekte dürften das BIP-Wachstum stützen.

Die beträchtlichen Budgetdefizite führen zur Implementierung fiskalischer Sparmaßnahmen mit dämpfenden Effekten auf das BIP-Wachstum und zur Verschiebung der Beitrittspläne zum Euroraum. Die Rückführung der hohen Budgetdefizite und der Auslandsverschuldung sowie die durch die Wirt-

schaftskrise angestiegene Arbeitslosigkeit bleiben mittelfristig große Herausforderungen für die mittel- und osteuropäischen Länder.

Unter den neuen EU-Mitgliedern werden die Länder mit den größten externen Finanzierungslücken wie Bulgarien, Rumänien und Ungarn mittelfristig dem stärksten Reformdruck ausgesetzt sein. Länder mit geringeren externen Finanzierungslücken verfügen hingegen mittelfristig über günstigere Erholungsaussichten.

Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ist das **ungarische** BIP um 0.5 % gewachsen. Nach einem Rückgang des BIP im vorigen Jahr und heuer dürfte sich die ungarische Wirtschaft in den folgenden Jahren, gestützt durch die Auslandsnachfrage und die Implementierung von Infrastrukturprojekten, langsam erholen. Um das Budgetdefizit und die Staatsverschuldung abzubauen, wird die Regierung in der Prognoseperiode voraussichtlich die zurückhaltende Fiskalpolitik beibehalten. Die angekündigte Senkung der Steuern soll zum großen Teil durch eine Bankenabgabe finanziert werden. Im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2014 könnte das ungarische BIP-Wachstum 2 % betragen.

Nach einer dynamischen Entwicklung im Durchschnitt der letzten fünf Jahre (4.6 %) dürfte sich das BIP-Wachstum in **Polen** verlangsamen und im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2014 3.1 % betragen. Nach einem robusten Wachstum im vorigen Jahr und im ersten Halbjahr 2010, dürfte sich die Inlandsnachfrage infolge steigender Arbeitslosigkeit und zurückhaltender Unternehmensinvestitionen abschwächen. Die fiskalischen Konsolidierungsmaßnahmen, die notwendig sind, aber von der Europäischen Kommission als zu wenig ehrgeizig eingeschätzt werden, könnten das Wachstum in der Prognoseperiode etwas dämpfen.

In **Tschechien** sollte sich das Wachstum nach einem Durchschnitt von 3.4 % in den Jahren 2005 bis 2009 mittelfristig abschwächen und im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2014 2.5 % betragen. Nach einem Rückgang im Vorjahr belebte sich das BIP-Wachstum im ersten Halbjahr dieses Jahres dank der dynamischen Auslandsnachfrage, die die Erholung der Industrie unterstützte. Mittelfristig dürfte die Inlandsnachfrage infolge der erwarteten fiskalpolitischen Konsolidierungsmaßnahmen schwach bleiben.

Im Fünfjahresdurchschnitt 2005 bis 2009 ist die Wirtschaft der **Slowakei** um 5.3 % gewachsen. Im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2014 dürfte sich die slowakische Wirtschaft mit einer BIP Wachstumsrate von 3.7 % etwas langsamer entwickeln. Die starke Nachfrage aus Deutschland unterstützt die derzeitig kräftige Erholung der slowakischen Wirtschaft. Mittelfristig stehen auf der Agenda der neuen Regierung, neben Antikorruptionsmaßnahmen, Reformen im Justizwesen, im Sozialversicherungssystem und auf dem Arbeitsmarkt. Auch die Reduzierung des Budgetdefizits und der hohen Arbeitslosigkeit sowie die steigende Auslandsverschuldung bleiben große und wichtige Herausforderungen.

Für **Slowenien** wird in den Jahren 2010 bis 2014 ein durchschnittliches Wachstum von 2 % erwartet, womit der Wachstumstrend gegenüber den letzten fünf Jahren (2.4 %) etwas an Dynamik verliert. Nach einem starken Rückgang im Vorjahr dürfte sich das BIP-Wachstum in den folgenden Jahren,

getrieben durch die Auslandsnachfrage, langsam erholen. Wegen der geplanten Anhebung der Mehrwertsteuer und Ausgabenkürzungen im öffentlichen Bereich ist mit einer schwachen Inlandsnachfrage am Anfang der Prognoseperiode zu rechnen. Die Rückführung des Budgetdefizits und die hohe Auslandsverschuldung könnten mittelfristig das Wachstum dämpfen.

Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ist das BIP in **Rumänien** um 3.6 % gewachsen. In der Prognoseperiode dürfte sich das durchschnittliche BIP-Wachstum auf 2.6 % belaufen. Die Anlageinvestitionen und der private Konsum, die bestimmenden Kräfte des BIP-Wachstums in Rumänien, sind während der Wirtschafts- und Finanzkrise stark zurückgegangen. Infolge der Implementierung der fiskalischen Sparmaßnahmen, darunter eine Kürzung der Beamtengehälter und der Sozialausgaben sowie eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, dürfte das BIP-Wachstum am Anfang der Prognoseperiode gedämpft bleiben. Positive Impulse kommen hingegen von der Auslandsnachfrage.

Nach einem BIP-Wachstum von 3.8 % im Durchschnitt der letzten fünf Jahre könnte die **bulgarische** Wirtschaft im Zeitraum 2010 bis 2014 ein durchschnittliches Wachstum von 2.3 % verzeichnen. Die anhaltende Schwäche der Inlandsnachfrage dämpft das Wachstum am Anfang der Prognoseperiode. Die Exporte entwickeln sich dagegen dynamisch und stützen die Wirtschaft. Mittelfristig bleiben die Senkung der Arbeitslosigkeit sowie der Abbau des strukturellen Leistungsbilanzdefizits die wichtigsten Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik.

Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ist das BIP in **Kroatien** um 2.1 % gewachsen. Kroatien könnte laut EU-Kommission 2012 der EU beitreten. Da die Beitrittsperspektive mehr Rechtssicherheit für die Unternehmen bedeutet, ist mit einer Belebung der Investitionen im Prognosezeitraum zu rechnen. Die verstärkten Reformbestrebungen, die auf den Beitrittsperspektiven beruhen, werden das Wirtschaftswachstum in den nächsten Jahren fördern. Infolgedessen könnte die Wirtschaft im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2014 um 2.5 % wachsen. Die notwendigen Maßnahmen zur Verringerung des Leistungsbilanzdefizits und der Auslandsverschuldung dämpfen hingegen das Wachstum.

In **Russland** wurde in den letzten fünf Jahren ein durchschnittliches Wachstum des BIP von 3.7 % verzeichnet. Angetrieben von dynamischen Energieexporten, unterstützt durch eine günstige Entwicklung des Ölpreises und die internationale Nachfrage nach Rohstoffen, dürfte das durchschnittliche Wachstum der russischen Wirtschaft zwischen 2010 und 2014 4.6 % betragen. Zur Budgetkonsolidierung plant die russische Regierung den Verkauf der Minderheitsanteile an zehn Großunternehmen zwischen 2011 und 2013. Strukturelle Probleme (unter anderem in der öffentlichen Verwaltung und im Gassektor) könnten das Wachstum dagegen negativ beeinflussen. Eine große Herausforderung für die Wirtschaftspolitik bleibt die Reduzierung der Inflation.

Internationale Rahmenbedingungen

Durchschnittliche Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2005–2009	2010–2014
Welthandel	2.3	8.5
BIP, real		
Deutschland	0.5	1.9
Italien	-0.5	1.4
Frankreich	0.8	1.9
Vereinigtes Königreich	0.5	2.0
Schweiz	2.0	2.0
USA	1.2	2.6
Japan	-0.1	1.9
China	11.4	9.2
Polen	4.6	3.1
Slowakei	5.3	3.7
Tschechien	3.4	2.5
Ungarn	0.5	2.0
Slowenien	2.4	2.0
Bulgarien	3.8	2.3
Rumänien	3.6	2.6
Kroatien	2.1	2.5
Russland	3.7	4.6
Euroraum	0.7	1.7
NMS-12	3.6	2.7
EU-27	0.9	1.9
OECD	1.1	2.3
Österreichische Exportmärkte	3.1	6.2
USD/EUR Wechselkurs*)	1.35	1.25
Erdölpreise*)**)	70.3	88.5

Quelle: Eurostat, IMF, OECD, CPB, Nationale Statistische Ämter, eigene Berechnungen.

*) absolute Werte

***) USD/barrel

3. Die österreichische Außenwirtschaft

Die österreichischen Exporte haben in den vergangenen fünf Jahren weniger stark als die Weltwirtschaft expandiert. Der österreichische Anteil an den weltweiten Güterexporten hat in den Jahren 2005 bis 2009 durchschnittlich 1.1 % betragen. Der Anteil der österreichischen an den weltweiten unternehmensbezogenen Dienstleistungsexporten belief sich auf 1.6 %. Der Offenheitsgrad der österreichischen Volkswirtschaft hat in den Jahren 2005 bis 2008 zugenommen, gefolgt von einem markanten Rückschlag im Krisenjahr 2009. Die Exportquote (Exporte i.w.S. laut VGR in Prozent des BIP) stieg in den Jahren 2005 bis 2008 von 54.2 % auf 59.2 %, 2009 erfolgte ein Rückgang auf 50.5 %; die Quote der Warenexporte weitete sich von 39.5 % auf 42.9 % aus, 2009 ging sie auf 35.4 % zurück. In den vergangenen fünf Jahren sind die Exporte durchschnittlich um 1.8 Prozentpunkte langsamer als die Exportmärkte gewachsen, damit hat die österreichische Exportwirtschaft Marktanteile verloren. Diese Entwicklung zeigt, dass zwar die außenwirtschaftlichen Verflechtungen Österreichs an Bedeutung gewinnen, gleichzeitig jedoch auch die Konkurrenz in den Zielländern für österreichische Exporte zunimmt.

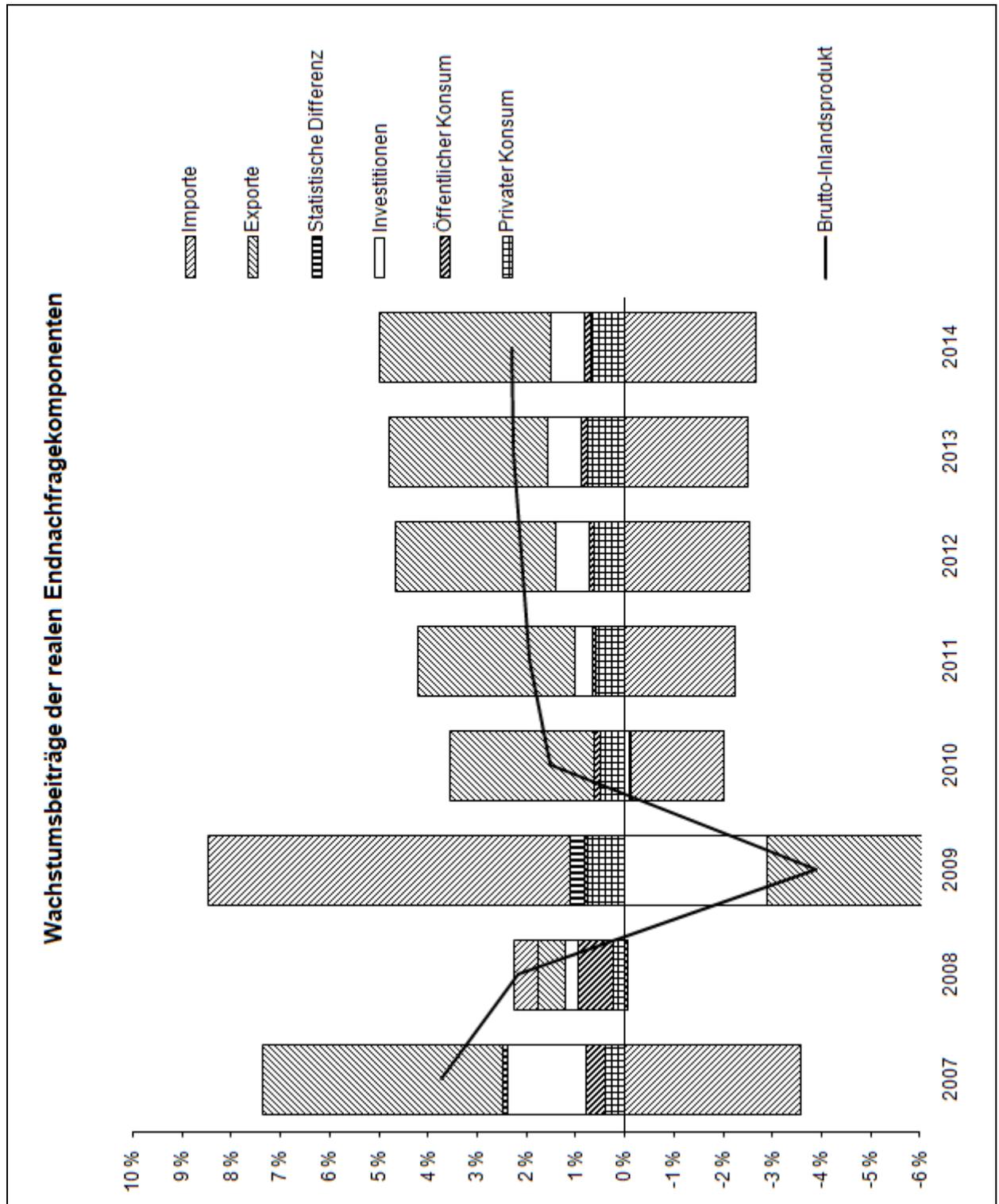
Nach dem tiefen Einbruch 2009 steigt die Nachfrage nach österreichischen Gütern und Dienstleistungen aus dem Ausland wieder. Verglichen mit dem Welthandel bleibt der Aufschwung in der österreichischen Exportwirtschaft 2010 jedoch verhalten. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass sich die starke Welthandelsdynamik vor allem auf Asien konzentriert. Da der Anteil der direkten österreichischen Exporte in diese Regionen bislang noch gering ist, bleibt das österreichische Exportwachstum zurück. Indirekte Effekte werden in den kommenden Jahren der österreichischen Außenwirtschaft zu Gute kommen, zurückzuführen auf die engen Handelsbeziehungen Deutschlands mit den stark wachsenden Regionen der Welt. Ab 2011 wird die österreichische Exportnachfrage wieder anziehen. Auch der Auftrieb bei den Außenhandelspreisen wird wieder etwas zulegen. Die Handelsbilanz dürfte im Prognosezeitraum 2010 bis 2014 einen leichten Überschuss aufweisen.

Die nominellen Warenexporte wuchsen im Zeitraum 2005 bis 2009 im Durchschnitt um 1.8 %. Dieser geringe Wert ist auf die schwache Nachfrage im Jahr 2008 und auf den starken Einbruch 2009 zurückzuführen. Der Anteil der Exporte in den Euroraum, gemessen an den gesamten Warenexporten, ist im Zeitraum 2005 bis 2009 von 54.7 % auf 52.3 % gesunken. 2010 belebt sich die Konjunktur in der österreichischen Außenwirtschaft wieder. Die wichtigsten Warengruppen im österreichischen Export, wie Chemische Erzeugnisse, Bearbeitete Waren und Maschinen und Kraftfahrzeuge werden wieder verstärkt nachgefragt. Besonders dynamisch entwickeln sich die Exporte nach Deutschland. In den kommenden Jahren dürfte die Auslandsnachfrage robust bleiben. Im Prognosezeitraum werden die nominellen österreichischen Warenexporte um durchschnittlich 8 % zulegen. In regionaler Betrachtung wird voraussichtlich der Handel mit Ländern außerhalb des Euroraums weiter an Bedeutung gewinnen. Dazu zählen die neuen EU-Mitgliedstaaten, der Mittlere Osten und China. Die nominellen Warenimporte wuchsen in den vergangenen fünf Jahren durchschnittlich um 2.2 %. Im Prognosezeitraum wird das Wachstum durchschnittlich 6.7 % betragen. Die österreichische Handelsbilanz, die von 2005

bis 2009 ein leichtes Defizit aufwies, wird im Durchschnitt der kommenden Jahre mit einem leicht positiven Saldo abschließen.

Die österreichische Tourismusindustrie erzielte in den vergangenen fünf Jahren bei den Exporten ein durchschnittliches nominelles Wachstum von 2.4 %. Der Rückgang im Jahr 2009 fiel deutlich geringer als beim Warenhandel und in den anderen Dienstleistungssektoren aus. 2010 stabilisiert sich die Nachfrage in der Tourismusbranche wieder, in den kommenden Jahren dürfte sich die Nachfrage wieder beleben und eine dynamische Entwicklung aufweisen. Im Prognosezeitraum dürften die Reiseverkehrsexporte um durchschnittlich 2.6 % zulegen.

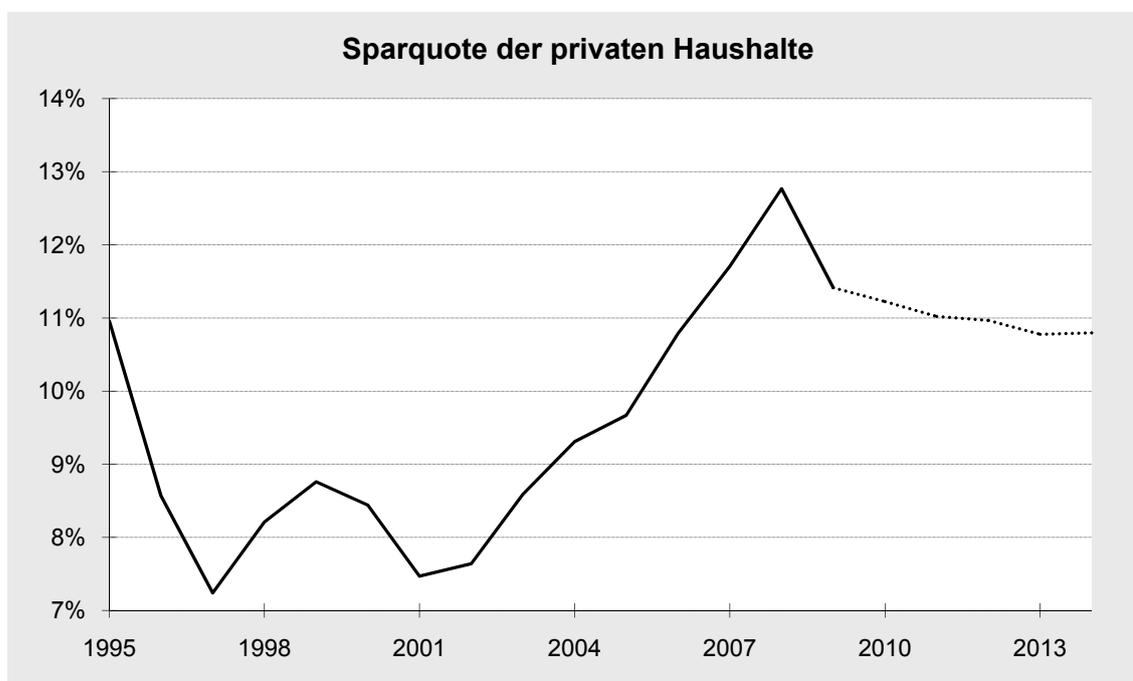
Die realen Exporte i.w.S. laut VGR stiegen in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 1.3 %. Im Prognosezeitraum werden sie um 5.8 % zulegen. Die realen Warenexporte werden dabei durchschnittlich um 6.9 % wachsen, nach 0.4 % im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre. Im Prognosezeitraum nehmen die realen Reiseverkehrsexporte um durchschnittlich 0.9 % zu. Die Importnachfrage belebt sich aufgrund der kräftigeren Inlandsnachfrage wieder. Die realen Importe i.w.S. laut VGR werden somit im Prognosezeitraum um durchschnittlich 4.9 % wachsen, nach einem Anstieg um 0.3 % in den vergangenen fünf Jahren. Bei den realen Warenimporten wird ein durchschnittliches Wachstum von 5.4 % erwartet. Die realen Reiseverkehrsimporte dürften um durchschnittlich 0.8 % zunehmen.



4. Perspektiven der Inlandskonjunktur

Im Prognosezeitraum wächst das reale verfügbare Einkommen der Haushalte um 1 % pro Jahr. Der **private Konsum** folgt zwar grundsätzlich dieser Einkommensdynamik, expandiert aber mit jährlich 1.2 % geringfügig schneller. Dadurch geht die Sparquote der Haushalte von 11.4 % im Jahr 2009 auf 10.8 % im Jahr 2014 etwas zurück.

Auf den merkbaren Rückgang im Krisenjahr 2009 folgt im Szenario der Prognose eine Phase, in der sich die Haushaltssparquote bei Werten zwischen 10 % und 11 % stabilisiert. Das Institut geht also davon aus, dass Werte in diesem Bereich den langfristigen Zielvorstellungen der österreichischen Haushalte nahe kommen.



Die Grafik zeigt die längerfristige Entwicklung der **Haushaltssparquote**. Die Werte ab 2005 beruhen auf einer vorläufigen Schätzung des Instituts, da die Revision der Sektorrechnung von Statistik Austria noch nicht vorliegt. Der kontinuierliche Auftrieb in den Jahren 2003 bis 2008, der in einem Kulminationspunkt von 12.8 % gipfelte, wurde durch die internationale Finanzkrise und die Rezession 2009 gebrochen. Die Haushalte berücksichtigten Einbrüche bei den Nichtlohneinkommen in ihrer Ausgabenplanung nicht und setzten vielmehr den durch die Steuerreform gewonnenen zusätzlichen Spielraum sofort um. In der Folgezeit werden mehrere Effekte wirksam. Erstens hindert der Bedarf nach Altersvorsorge auf Grund der demografischen Entwicklung die Haushalte daran, ihre Sparquote wieder stärker abzusenken. Zweitens sichert die angekündigte Konsolidierung der öffentlichen Budgets jedoch, dass aus dem künftigen Schuldendienst der öffentlichen Hand in der Folge keine neuen Steuerbelastungen erwachsen. In diesem Sinne fördert verstärktes öffentliches Sparen die

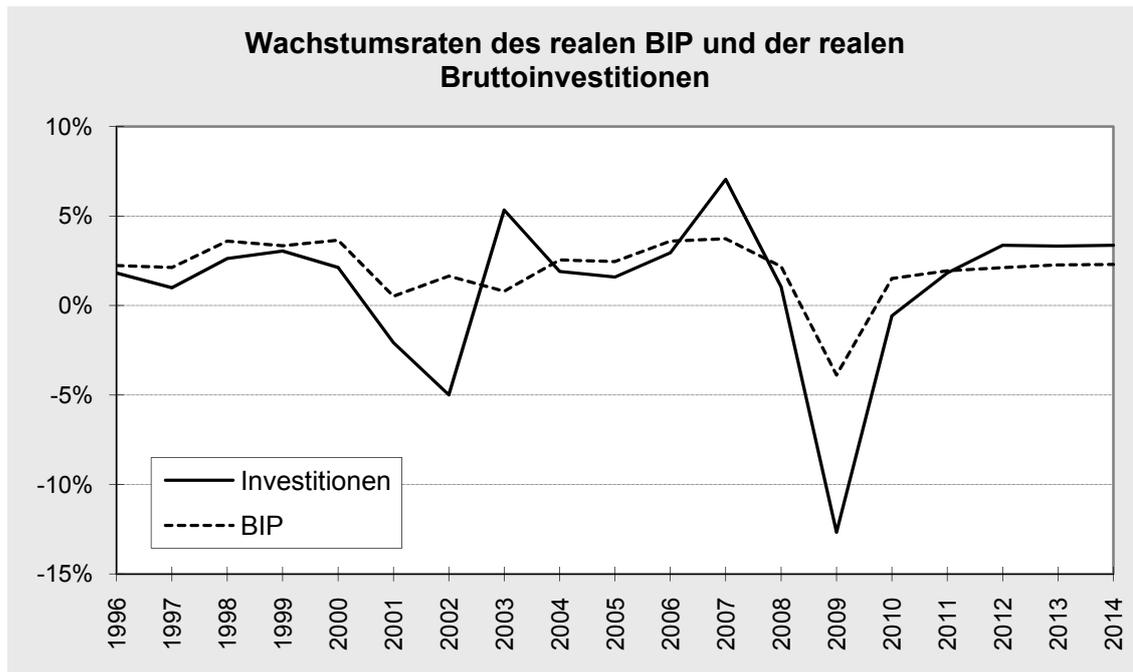
Konsumfreude der Haushalte. Dieser so genannte ricardianische Effekt motiviert, dass kein Wiederanstieg der Sparquote auf den Höchststand von 2008 zu erwarten ist. Drittens bedingt die ruhige Dynamik der Einkommen ohne überraschende Zuwächse und Einbußen, dass die Haushalte ihren langfristigen Plänen problemlos folgen können. Damit kann der angestrebte Sollwert erreicht werden.

Das vergleichsweise kleine Nachfrageaggregat Eigenkonsum privater Dienste ohne Erwerbscharakter wächst im Prognosezeitraum mit 1.1 % pro Jahr etwas langsamer als der private Konsum.

Die Investitionstätigkeit wurde von der Rezession im Jahr 2009 stark in Mitleidenschaft gezogen. Nachdem die gesamten realen **Bruttoinvestitionen** (Anlageinvestitionen und Lagerbestandsveränderungen) im Zeitraum 2005 bis 2008 noch durchschnittlich um 3.1 % pro Jahr ausgeweitet worden waren, brachen sie 2009 um 12.7 % ein. Für den Fünfjahreszeitraum 2005 bis 2009 ergibt sich daraus ein durchschnittlicher Rückgang um 0.2 % pro Jahr. Die **Bruttoanlageinvestitionen** (Ausrüstungen, sonstige Anlagen und Bauten) wurden im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre um 0.3 % pro Jahr ausgeweitet. Hier belief sich das jahresdurchschnittliche Wachstum von 2005 bis 2008 noch auf 2.7 %, gefolgt von einem starken Rückgang um 8.8 % im Jahr 2009.

In den kommenden fünf Jahren dürften die Anlageinvestitionen um knapp 2 % und die gesamten Bruttoinvestitionen um 2.2 % pro Jahr ausgeweitet werden. Dabei wird die Sachkapitalbildung in den ersten beiden Jahren des Projektionszeitraums durch die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise beeinträchtigt. Angesichts der noch niedrigen Kapazitätsauslastung, einer vorsichtigen Kreditvergabepolitik der Geschäftsbanken sowie einer zurückhaltenden Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand vor dem Hintergrund der notwendigen Budgetkonsolidierung wird die Zunahme der Investitionen zunächst hinter dem allgemeinen Wirtschaftswachstum zurückbleiben.

Da die Investitionstätigkeit im Verlauf der Rezession weitaus stärker als die gesamte Wirtschaftsleistung einbrach, sank die Investitionsquote (Anteil der Bruttoinvestitionen am BIP) im vergangenen Jahr um zwei Prozentpunkte auf 20.8 %. Für 2010 und 2011 wird ein weiterer Rückgang auf 20.3 % erwartet, bevor die Investitionen ab 2012 wieder merklich stärker zulegen als das Bruttoinlandsprodukt. Am Ende des Projektionszeitraums dürften die Bruttoinvestitionen knapp 21 % der Wirtschaftsleistung ausmachen.



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

Die realen **Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich sonstige Anlagen) wurden von 2005 bis 2008 durchschnittlich um knapp 5 % pro Jahr ausgeweitet. Aufgrund des Einbruchs um 11.7 % im Jahr 2009 ergibt sich für den Zeitraum 2005 bis 2009 ein Anstieg um 1.3 % pro Jahr. Die Käufe von Maschinen und Geräten wurden in den vier Jahren vor der Rezession um 6.2 % pro Jahr ausgeweitet. Begünstigt durch die gute Konjunktur, wurde vor allem in den Jahren 2006 bis 2008 kräftig in die Modernisierung und Ausweitung des Maschinenparks investiert. In dieser Phase profitierten die Investitionen auch von niedrigen Fremdfinanzierungskosten und günstigen Selbstfinanzierungsbedingungen aufgrund steigender Unternehmensgewinne. Mit dem massiven Einbruch um knapp 13 % im Jahr 2009 im Zuge der Rezession ergibt sich für die Fünfjahresperiode 2005 bis 2009 noch ein durchschnittlicher Anstieg um 2 %. Bei den Fahrzeugen folgte auf eine jahresdurchschnittliche Steigerung um 2.2 % in den vier Jahren bis 2008 ein erheblicher Rückgang um 19 % im vergangenen Jahr, sodass sich für den Durchschnitt der zurückliegenden fünf Jahre eine Verringerung um 2.5 % ergibt. Während in den Jahren 2005 und 2007 jeweils kräftige Anstiege um etwa 10 % verzeichnet wurden, gingen die Fahrzeuginvestitionen im Jahr 2006 um 7.5 % zurück. Dieser zeitliche Verlauf hängt damit zusammen, dass die Anschaffungen von Nutzfahrzeugen neben der konjunkturellen Situation auch von den rechtlichen und steuerlichen Bedingungen beeinflusst werden.

Die Rahmenbedingungen für die Sachkapitalbildung werden im Prognosezeitraum ungünstiger als in der Hochkonjunkturphase bis 2008 sein. Die tiefe Rezession im vergangenen Jahr hat zu einem Einbruch der Exporte und der Industrieproduktion geführt. Dadurch ist die Kapazitätsauslastung drastisch gesunken. Inzwischen steigt die Auslastung der Produktionskapazitäten zwar wieder, aber sie befindet sich nach wie vor unter dem langjährigen Durchschnitt und deutlich unter dem Höchststand, der vor Beginn der Rezession erreicht worden war. Daher dürfte zunächst das Ersatzmotiv bei der Sachkapi-

talbildung überwiegen, während die Unternehmen derzeit kaum Anlass haben, Erweiterungsinvestitionen vorzunehmen. In Folge der Finanzkrise agieren darüber hinaus die Geschäftsbanken vorsichtiger bei der Kreditvergabe. Bei der Beurteilung von Investitionsprojekten dürften die Banken künftig risikobewusster sein als in der jüngsten Hochkonjunkturphase. Aus den genannten Gründen dürften die Ausrüstungsinvestitionen 2010 im Jahresdurchschnitt weiter zurückgehen und erst 2011 allmählich anziehen. Dann werden Investitionsprojekte realisiert, die während der konjunkturellen Schwächephase aufgeschoben wurden. Gestützt wird die Investitionstätigkeit auch dadurch, dass laufend Prozess- und Produktinnovationen vorgenommen werden, was zum Teil die Anschaffung neuer Maschinen erfordert. Die Käufe von Fahrzeugen könnten von der anziehenden Exportnachfrage profitieren. Zudem dürften die Unternehmen in die Modernisierung des Nutzfahrzeugbestands investieren, um strengere Emissionsvorgaben zu erfüllen. Ab 2012 werden die retardierenden Einflüsse auf die Investitionstätigkeit immer mehr an Gewicht verlieren, während die stützenden Elemente wie verbesserte Absatzperspektiven und günstigere Finanzierungsbedingungen ihre positiven Wirkungen auf die Investitionstätigkeit stärker entfalten können. Alles in allem erwartet das Institut, dass die Ausrüstungsinvestitionen (einschließlich sonstige Anlagen) im Durchschnitt der kommenden fünf Jahre um knapp 3 % pro Jahr zunehmen werden. In den letzten drei Jahren des Projektionszeitraums sollten die Ausrüstungsinvestitionen durchschnittlich um 4 ½ % ausgeweitet werden.

Die realen **Bauinvestitionen** wurden von 2005 bis 2008 durchschnittlich um 0.8 % erhöht. Mit dem Rückgang um 6 % im vergangenen Jahr ergibt sich für den Fünfjahreszeitraum bis einschließlich 2009 eine durchschnittliche Abnahme um 0.6 %. Bei den Wohnbauinvestitionen und den sonstigen Bauinvestitionen verlief die Entwicklung recht ähnlich. Während die Wohnbauinvestitionen im Durchschnitt der vier Jahre bis 2008 um 1.1 % stiegen, nahmen die sonstigen Bauinvestitionen um 0.6 % pro Jahr zu. Im Rezessionsjahr 2009 wurden die Wohnbauinvestitionen um 5.6 % und die sonstigen Bauinvestitionen um 6.2 % eingeschränkt. Im Fünfjahresdurchschnitt 2005 bis 2009 sanken somit die Wohnbauinvestitionen um 0.3 % und die sonstigen Bauinvestitionen um 0.8 % pro Jahr. Die Errichtung neuer und die Modernisierung bestehender Wohngebäude wurde bis 2008 von den Realeinkommenszuwächsen im Zuge der guten Konjunktur und von niedrigen Fremdkapitalzinsen gestützt. Darüber hinaus wuchs die Wohnbevölkerung durch Migration, und der langjährige Trend zu kleineren Haushaltsgrößen setzte sich fort. Die Faktoren, die bis 2008 die Wohnbautätigkeit gestützt hatten, kehrten sich im Jahr 2009 mit der Finanz- und Wirtschaftskrise um. Sorgen um den Erhalt des Arbeitsplatzes veranlassten die privaten Haushalte, bei investiven Ausgaben vorsichtiger zu agieren. Zudem ebte der Zuzug ausländischer Arbeitskräfte mit der Eintrübung der Konjunktur spürbar ab. Weiters verschlechterten sich die Finanzierungsbedingungen. Zwar senkte die Europäische Zentralbank die Leitzinsen deutlich, was von den Geschäftsbanken auch an die Kunden weitergegeben wurde. Gleichzeitig wurden aber die Anforderungen an die Sicherheiten und auch andere Kreditkonditionen verschärft. Dies betraf nicht nur die privaten Haushalte, sondern auch die Unternehmen. Diese schränkten daraufhin sowie als Reaktion auf die rapide sinkende Nachfrage ihre Bauinvestitionen ein. Der Rückgang der Bauinvestitionen wurde durch die Infrastrukturinvestitionen der öffentlichen Hand abgedeckt. Im Zuge der Konjunkturpakete, die als Reaktion auf die schwere Rezession auf den Weg gebracht wurden, wurden geplante Investitionen der ÖBB, der ASFINAG und der Bundesimmobilien-gesellschaft BIG zeitlich vorgezogen.

Im Prognosezeitraum ist nur mit einer allmählichen Belebung der Bauinvestitionen zu rechnen. Die Wohnbauinvestitionen werden 2010 und 2011 noch unter der hohen Arbeitslosigkeit und den nach wie vor schwierigen Finanzierungsbedingungen leiden. Erst allmählich können die steigenden Realeinkommen, die graduelle Verbesserung der Arbeitsmarktperspektiven und die wieder stärker steigende Wohnbevölkerung im Zusammenhang mit der Öffnung des österreichischen Arbeitsmarkts für Arbeitskräfte aus den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten die Wohnbautätigkeit beleben. Zudem werden sich die Finanzierungsbedingungen allmählich normalisieren. Mit der anziehenden Konjunktur werden auch die Unternehmen ihre Investitionsbudgets wieder ausweiten. Der Wachstumsbeitrag der öffentlichen Investitionen dürfte hingegen mittelfristig geringer ausfallen als in der Vergangenheit. Die im Rahmen der Konjunkturpakete vorgezogenen Investitionen werden ab 2011 fehlen. Darüber hinaus dürften die öffentlichen Bauinvestitionen im Zuge der notwendigen Budgetkonsolidierung nicht mehr so kräftig ausgeweitet werden wie in den vergangenen Jahren. Vor allem die Gemeinden stehen vor der Aufgabe, ihre Ausgaben an die niedrigeren Einnahmen anzupassen. Einschnitte bei den Investitionen der Gemeinden sind daher in Zukunft zu erwarten. Außerdem wurde bereits angekündigt, geplante Bauvorhaben der ÖBB und der ASFINAG auf ihre Notwendigkeit und Finanzierbarkeit hin zu überprüfen. Es ist davon auszugehen, dass im Ergebnis die Investitionen in den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur mittelfristig nur wenig steigen werden.

Insgesamt dürften die realen Bauinvestitionen von 2010 bis 2014 um 0.8 % pro Jahr zunehmen, wobei das Institut für den Zeitraum 2012 bis 2014 eine durchschnittliche Wachstumsrate von 1.7 % erwartet. Damit bleibt die Zunahme der Bauinvestitionen deutlich hinter der Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen und auch hinter der Zunahme der gesamten Wirtschaftsleistung zurück.

Die Wirtschaftskrise hat die **öffentlichen Haushalte** durch die automatischen Stabilisatoren und Konjunkturprogramme massiv belastet. Die budgetäre Situation hat sich gegenüber den Jahren vor der Krise massiv verschlechtert. Dem "Strategiebericht 2011-2014" folgend, ist nur mit einer schrittweisen Rückführung des gesamtstaatlichen Defizits zu rechnen, im Schnitt um rund einen halben Prozentpunkt des BIP pro Jahr. Nach 4.5 % des BIP im Jahr 2010 wird im Jahr 2014 die gesamtstaatliche Defizitquote daher immer noch bei 2.3 % liegen. Die Verschuldungsquote wird dabei auf hohem Niveau bei deutlich über 70 % des BIP verharren. Ab dem Jahr 2011 werden erste Konsolidierungsmaßnahmen schlagend werden, wobei nach vorliegenden Informationen 60 % ausgabenseitig und 40 % einnahmenseitig erfolgen dürfte.

Im Prognosezeitraum legen die Abgabeneinnahmen nach dem spürbaren Rückgang im letzten Jahr wieder zu. In den Jahren 2005 bis 2009 sind die Produktionsabgaben um durchschnittlich 3 % gestiegen, von 2010 bis 2014 werden sie, auch infolge der Konsolidierungsmaßnahmen, um 3.4 % pro Jahr zulegen. Trotz eines deutlichen Wachstums der direkten Steuern in den letzten Jahren vor der Krise betrug der durchschnittliche Anstieg vor allem infolge der Steuerreformen der Jahre 2005 und 2009 im vergangenen Fünfjahreszeitraum lediglich 2.2 %. In den Jahren 2010 bis 2014 sollte der durchschnittliche Anstieg bei unter 4 % zu liegen kommen. Im Gegensatz dazu werden sich die Einnahmen aus den Sozialversicherungsbeiträgen mit einem durchschnittlichen Wachstum von 3 % moderater als

in der vergangenen Fünfjahresperiode entwickeln. Dies ist auf die schwächere Entwicklung bei den nominellen Arbeitnehmerentgelten zurückzuführen.

Ausgabenseitig schlägt die Konsolidierung ebenso zu Buche. Ist der öffentliche Konsum im vergangenen Fünfjahreszeitraum noch um nominell durchschnittlich 4.8 % pro Jahr gestiegen, so wird der Zuwachs in den folgenden fünf Jahren bei rund 2.1 % jährlich liegen. Real wird der öffentliche Konsum im Schnitt um 0.6 % pro Jahr zulegen, nach 2.2 % in der vorherigen Periode. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass der Ankauf der Abfangjäger den öffentlichen Konsum im letzten Fünfjahreszeitraum massiv erhöht hat. Die monetären Sozialleistungen werden ebenso merklich schwächer wachsen. Betrag der Anstieg in den Jahren 2005 bis 2009 im Schnitt noch 3.9 %, geht das Institut für die Prognoseperiode nun von 2.1 % aus. Dabei ist zu berücksichtigen, dass vor allem im letzten Jahr ein massiver Anstieg verzeichnet wurde. Das Wachstum der Subventionen wird wie in der letzten Fünfjahresperiode weiterhin auf hohem Niveau bleiben. Der hohe Schuldenstand der öffentlichen Hand wird in den nächsten Jahren den öffentlichen Haushalt durch den höheren Zinsendienst stärker belasten.

Obwohl die budgetäre Entwicklung in Österreich im internationalen Vergleich noch günstig aussieht, wird die öffentliche Schuldenstandsquote hoch bleiben und somit den Spielraum für Zukunftsinvestitionen massiv einschränken. Eine rasche Konsolidierung ist daher unbedingt notwendig. Aus der Sicht des Institutes wäre eine stärkere ausgabenseitige Orientierung wünschenswert. Erstens bestehen weiterhin beträchtliche Einsparungspotenziale in verschiedenen öffentlichen Bereichen, welche die Effizienz des öffentlichen Sektors verbessern würden, und zweitens zeigen empirische Arbeiten, dass stark einnahmenseitig orientierte Konsolidierungen einen wesentlich geringeren mittelfristigen Konsolidierungserfolg versprechen. Die Umsetzung der Vorschläge der Expertengruppe Staats- und Verwaltungsreform ist daher angeraten. Steuererhöhungen als Mittel zur Konsolidierung sollten soweit wie möglich vermieden werden, um die Wachstumsimpulse nicht zu dämpfen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Ebenso ist es notwendig, ein stärkeres Augenmerk auf die Ausgabendynamik bei den sozialen Sachleistungen (Stichwort Finanzierung aus einer Hand im Gesundheitsbereich) und bei den Pensionsausgaben zu legen. Eine Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters würde das Wachstum stärken, zusätzliche Einnahmen generieren und eine schwächere Dynamik bei den Pensionsausgaben implizieren.

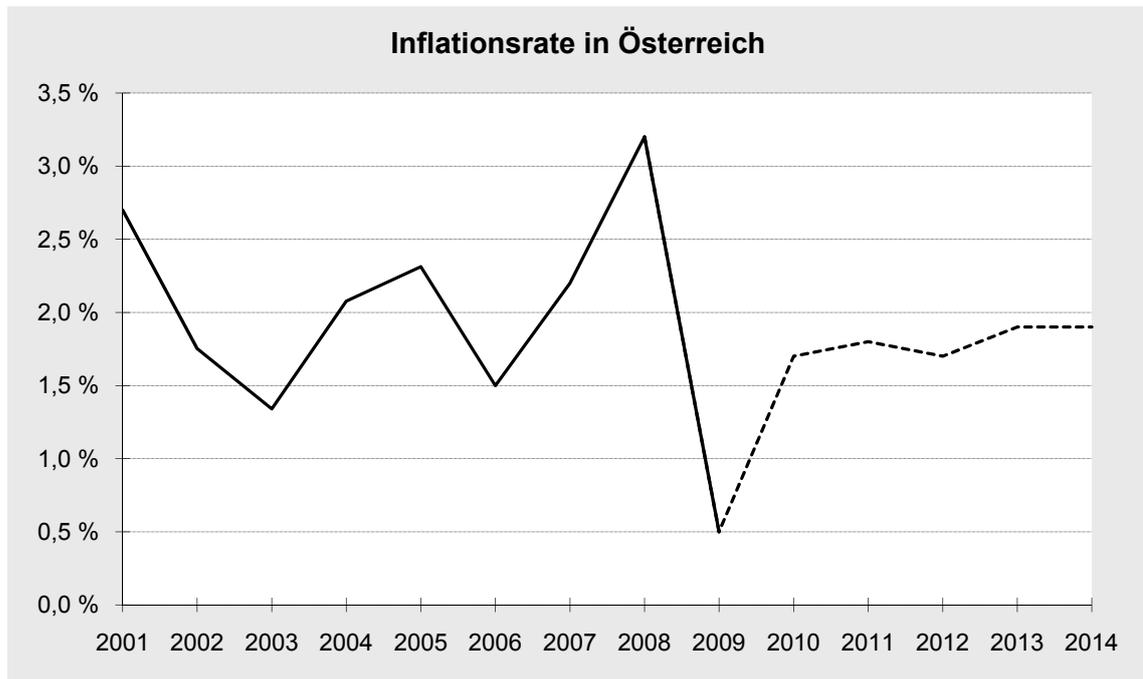
Die Lohnprognose fußt auf der Annahme, dass die Lohnverhandlungen auch in Zukunft den bewährten sozialpartnerschaftlichen Mustern folgen werden. Dies bedeutet, dass die Lohnabschlüsse auch weiterhin beschäftigungsfreundlich gestaltet werden und die internationale Wettbewerbsposition Österreichs damit gesichert bleibt. Im Zeitraum 2005 bis 2009 haben die Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten um 2.7 % jährlich zugenommen. Seit dem Jahr 2005 haben folglich die Reallöhne (auf Basis des Deflators des privaten Konsums) um 0.9 % jährlich zugelegt. Seit geraumer Zeit ist das Reallohnwachstum in Österreich etwas hinter dem Anstieg der Arbeitsproduktivität zurückgeblieben. Die Wirtschaftskrise hat jedoch zu einer vorübergehenden Umkehrung der Relation von Produktivitäts- zu Lohnwachstum geführt. Aufgrund des dramatischen Einbruchs der Arbeitsproduktivität im Jahr

2009 betrug das jahresdurchschnittliche Produktivitätswachstum zwischen 2005 und 2009 lediglich 0.4 % und lag somit im Beobachtungszeitraum unter dem Zuwachs der Reallöhne.

Im Prognosezeitraum sollte das Lohnwachstum von den Folgen der Wirtschaftskrise und einer stabilen Inflationsentwicklung geprägt sein. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit und die moderaten Preissteigerungen werden dämpfend auf das Lohnwachstum wirken. Das Institut geht davon aus, dass die Reallohnentwicklung zwischen 2010 und 2014 wieder, der langfristigen Tendenz folgend, etwas hinter dem Wachstum der Arbeitsproduktivität zurückbleiben und bei etwa $\frac{1}{2}$ % jährlich liegen wird. Die Arbeitnehmerentgelte werden im Jahresdurchschnitt um 2.3 % wachsen.

Die vergangenen fünf Jahre waren von relativ auffälligen Ausschlägen der **Inflationsrate** geprägt. Dafür war neben der konjunkturellen Lage insbesondere die Volatilität der internationalen Rohstoffpreise verantwortlich. Getrieben durch die Dynamik der globalen Energie- und Rohstoffpreise, kletterte der Anstieg der Verbraucherpreise Mitte des Jahres 2008 auf einen langjährigen Höchststand nahe der 4-Prozent-Marke. Im Gefolge der Wirtschaftskrise folgte ein Jahr später sogar eine kurze Phase sinkender Preise im Vorjahresvergleich. Im Jahresdurchschnitt der Periode 2005 bis 2009 ergibt sich schließlich ein vergleichsweise unauffälliger jährlicher Anstieg der Verbraucherpreise von 1.9 %.

Mittlerweile haben sich die wesentlichen exogenen Bestimmungsfaktoren für die Preisentwicklung beruhigt und die Inflation in Österreich ist wieder auf einen stabilen Entwicklungspfad eingeschwenkt. Das Institut geht davon aus, dass die Energie- und Rohstoffpreise einem moderaten Wachstumspfad folgen werden, der einer mäßigen Erholung der Weltwirtschaft entspricht. Von Seiten des Wechselkurses sollten keine nennenswerten Impulse auf die Preisentwicklung ausgehen. Die anhaltende wirtschaftliche Erholung in Österreich wird den Preisauftrieb beleben, jedoch ohne dass das von der Europäischen Zentralbank vorgegebene Inflationsziel überschritten wird. Im Jahresdurchschnitt 2010 bis 2014 wird die Inflationsrate demnach bei 1.8 % zu liegen kommen.



Quelle: Statistik Austria.

Die "Große Rezession" hat tiefe Spuren am **Arbeitsmarkt** hinterlassen. Ausgehend von 5.8 %, ist die Arbeitslosenquote im Krisenjahr 2009 auf 7.2 % geklettert. Entgegen den Erwartungen zeichnet sich aber bereits in diesem Jahr eine Entspannung am Arbeitsmarkt ab. Die Beschäftigungsnachfrage zieht spürbar an und die Arbeitslosigkeit steigt nicht mehr weiter. Im weiteren Prognosezeitraum belebt sich das Arbeitskräfteangebot wieder, sodass sich die konjunkturell bedingten Beschäftigungszuwächse nur teilweise in einem Rückgang der Arbeitslosenzahlen niederschlagen. Die Arbeitslosenquote geht bis zum Ende des Prognosezeitraums auf 6.7 % zurück. Für die Arbeitslosenquote nach Eurostat-Definition bedeutet das einen Wert von 4.7 %.

Im Vorjahr ist die Beschäftigung krisenbedingt um rund 1 ½ % zurückgegangen. Ein Teil der rückläufigen Arbeitskräftenachfrage wurde durch eine Arbeitszeitreduktion (Kurzarbeit, Abbau von Überstunden, etc.) aufgefangen. So ist das gesamtwirtschaftliche Arbeitszeitvolumen um 3.2 % gefallen. Darüber hinaus haben die Unternehmer Produktivitätsverluste in Kauf genommen, um Fachkräfte halten zu können. Diese Entwicklung hätte erwarten lassen, dass sich ein Anziehen der Konjunktur in Produktivitätsgewinnen manifestiert statt in steigender Beschäftigung. Die vorliegenden Daten stützen diese Erwartungen jedoch nicht, vielmehr hat die Beschäftigungsnachfrage kräftig angezogen. Das Institut geht nunmehr davon aus, dass sich die positive Beschäftigungsdynamik aufgrund der konjunkturellen Erholung im Prognosezeitraum fortsetzt. Dies impliziert ein durchschnittliches Beschäftigungswachstum von 0.8 %. Am Ende des Prognosezeitraums liegt die Zahl der Aktiv-Beschäftigten somit um 80,000 Personen über dem Vorkrisenwert von 2008. Diese Prognose basiert auf der Annahme, dass die deutlichen Produktivitätsverluste aufgrund der Krise nicht durch ein kräftiges Anziehen der Arbeitsproduktivität im Aufschwung kompensiert werden. Letzteres würde die Beschäftigungsdynamik spürbar dämpfen.

Im Prognosezeitraum nimmt auch das Arbeitskräfteangebot weiter zu. Neben konjunkturellen sind dafür auch strukturelle Faktoren verantwortlich. Die erwerbsfähige Bevölkerung wächst noch, allerdings etwas langsamer als in der Vergangenheit, und der Trend der steigenden Erwerbsneigung der Frauen setzt sich fort. Das Auslaufen der Übergangsfristen für Personen aus den neuen EU-Mitgliedstaaten (ohne Bulgarien und Rumänien) trägt ebenso zum steigenden Arbeitskräftepotenzial bei.

Im Krisenjahr 2009 ist die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen um rund 50,000 auf 260,000 Personen angestiegen. Berücksichtigt man die Ausweitung der Schulungen, ergibt sich ein Anstieg um rund 60,000 Personen. Die Arbeitslosenquote ist auf 7.2 % geklettert. Aufgrund der überraschend positiven Beschäftigungsentwicklung werden heuer die Arbeitslosenzahlen stagnieren, anstatt wie ursprünglich erwartet weiter zuzulegen. Für den restlichen Prognosezeitraum wird eine geringe, aber stetige Abnahme der vorgemerkten Arbeitslosen erwartet. Mit 6.7 % liegt die Arbeitslosenquote 2014 lediglich um rund einen Prozentpunkt über dem Wert von 2008.

Die Erhöhung der Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik (Ausweitung der Qualifizierungsmaßnahmen, Kurzarbeitsbeihilfe, etc.) war richtig und hat sicherlich dazu beigetragen, die negativen Auswirkungen der Rezession am Arbeitsmarkt zu mildern. Aufgrund der knappen staatlichen Budgets müssen die Mittel aber effizient eingesetzt werden. Ziel der Maßnahmen muss die Erhaltung bzw. Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit des Arbeitskräftepotenzials sein.

Nach der relativ erfolgreichen Krisenbewältigung sollten nun wieder verstärkt strukturelle Probleme ins Zentrum der Arbeitsmarktpolitik rücken. Die anziehende Beschäftigungsnachfrage führt dazu, dass in gewissen Arbeitsmarktsegmenten das Auseinanderklaffen von nachgefragten und angebotenen Qualifikationen wieder stärker sichtbar wird. Der rasche technologische Wandel erfordert eine permanente Bereitschaft der Arbeitnehmer zu Re- und Weiterqualifikation. Im Bereich des "lebenslangen Lernens" sollte eine verstärkte Kooperation von Betrieben, AMS, Sozialpartnern und Weiterbildungsinstitutionen erfolgen.

Die Alterung der Gesellschaft bringt auch für den Arbeitsmarkt bedeutende Herausforderungen mit sich. Österreich wird davon zwar erst mit einer zeitlichen Verzögerung betroffen, dies bietet aber die Chance, rechtzeitig Maßnahmen zu ergreifen. Aktivierungspotenzial gibt es etwa bei Zuwanderern und Personen aus bildungsfernen Schichten. Gravierende Defizite in Hinblick auf sprachliche Fähigkeiten bzw. berufliche Qualifikation sind bei Zuwanderern und Personen mit Migrationshintergrund festzumachen. Eine Weiterentwicklung der österreichischen Integrationspolitik und eine qualifikationsorientierte Migrationspolitik sind daher angezeigt. Ebenso sind zusätzliche Reformen im Bildungsbereich absolut notwendig. Effizienter Mitteleinsatz zur Förderung schwächerer Schüler und Bildungsmaßnahmen, die bereits im Frühkindesalter ansetzen, wirken zukünftigen Problemen am Arbeitsmarkt entgegen. Zur Erhöhung der Beschäftigungsquote der Älteren in mittlerer Frist sind neben einer Reform der Invaliditätspension verstärkte Anstrengungen zur Erhaltung und Verbesserung der Arbeitsfähigkeit (*Age Management*) notwendig. Durch die Verbesserung der Kinderbetreuungseinrichtungen und die Verringerung geschlechtsspezifischer Lohnunterschiede könnte die Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt gefördert werden.

5. Monetäre Prognose

In Reaktion auf den starken Einbruch der Weltwirtschaft haben eine Reihe von Notenbanken ihre Leitzinsen auf großteils historisch niedrige Niveaus gesenkt. Im Euroraum, in den Vereinigten Staaten, im Vereinigten Königreich und in Japan lagen die Leitzinssätze Mitte Juli bei bzw. unter 1 %. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat den Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte von Oktober 2008 bis Mai 2009 in sieben Schritten um 3.25 Prozentpunkte auf 1 % zurückgenommen. Die US-Notenbank *Fed* verfolgt seit Ende 2008 faktisch eine Nullzinspolitik.

Die im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise von der EZB ergriffenen Sondermaßnahmen zur Unterstützung der Kreditvergabe sind im Frühjahr 2010 zunächst weitgehend ausgelaufen. Wachsende Zweifel hinsichtlich der Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen in Griechenland und anderen Euro-Raum-Mitgliedstaaten führten allerdings im April bzw. Mai zu einer erneuten Verschärfung der Finanzmarktspannungen und veranlassten die EZB dazu, weitere Maßnahmen zur Sicherstellung der Finanzmarktstabilität zu ergreifen. Diese Maßnahmen betreffen insbesondere Interventionen an den Märkten für öffentliche und private Schuldverschreibungen im Euroraum und die erneute Einführung zusätzlicher liquiditätszuführender Geschäfte. Eine Folge der angespannten Situation waren die teilweise rasant wachsenden Renditespreads europäischer Staatsanleihen gegenüber jenen von Deutschland, wobei insbesondere die Staatsanleihen von Griechenland, Portugal, Spanien und Irland betroffen waren (siehe Grafik).

Leitzinsen wichtiger Zentralbanken

	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Jahresende 2005	2.25	4.25	4.5	1	0.15
Jahresende 2006	3.5	5.25	5	2	0.25
Jahresende 2007	4	4.25	5.5	2.75	0.5
Jahresende 2008	2.5	0.25	2	0.5	0.1
Jahresende 2009	1	0.25	0.5	0.25	0.1
Durchschnitt 2005-2009	2.76	3.11	4.02	1.47	0.27
26.7.2010	1	0.25	0.5	0.25	0.5

Quelle: Nationale Zentralbanken, Thomson Reuters Datastream

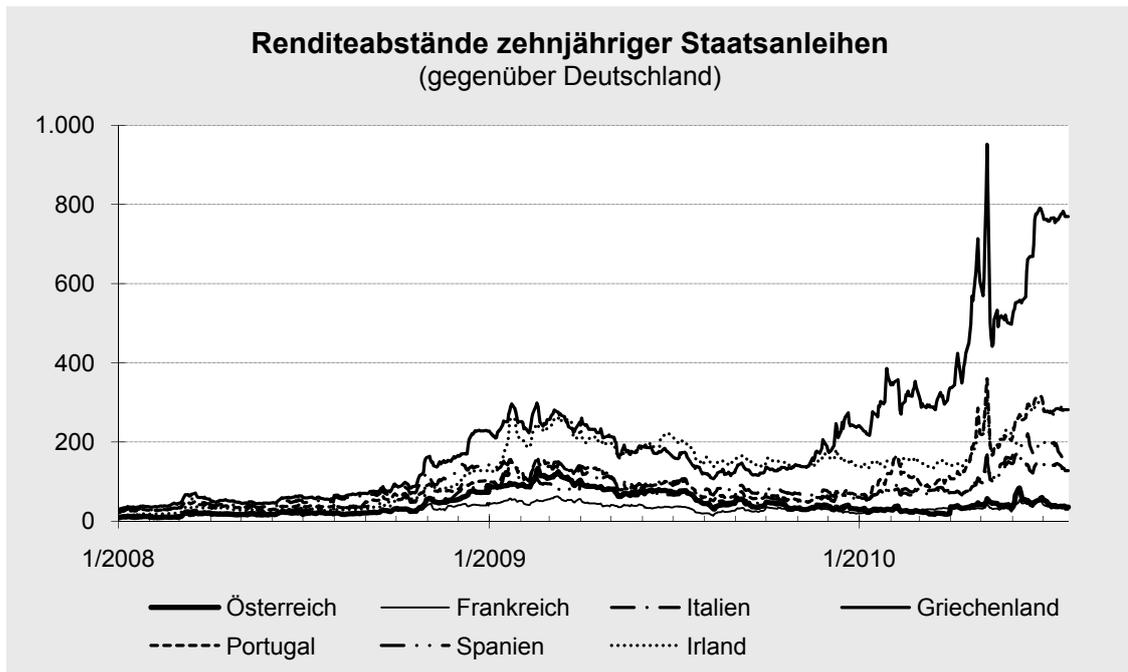
Aufgrund der liquiditätsunterstützenden Zusatzmaßnahmen der EZB wird der 3-Monats-Euribor seit Juli des vergangenen Jahres unter dem Leitzinssatz quotiert und notierte zuletzt bei etwa 0.8 %. Der Aufschlag für unbesichertes Drei-Monats-Geld (3-Monats-Euribor) gegenüber besichertem Drei-Monats-Geld (3-Monats-Eurepo) ist von durchschnittlich 70 Basispunkten in den Jahren 2008 und 2009 auf durchschnittlich 30 Basispunkte im ersten Halbjahr 2010 zurückgegangen. Der Rückgang

dieses Spreads ist ein Indiz für das wieder wachsende gegenseitige Vertrauen der europäischen Banken.

Vor dem Hintergrund der zögerlichen Konjunktorentwicklung sowie der moderaten Inflations- und Geldmengenentwicklung im Euroraum besteht für die EZB kein unmittelbarer Handlungsbedarf. Das primäre Ziel ihrer geldpolitischen Strategie ist die Erhaltung der Preisstabilität im Euroraum, wobei mittelfristig ein Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex im Euroraum von knapp 2 % angepeilt wird. Im Zeitraum 2005 bis 2009 lag die durchschnittliche Inflation im Euroraum mit 2 % ziemlich genau bei diesem Referenzwert, im Jahr 2009 fiel der Preisanstieg jedoch deutlich geringer aus, wobei seit November wieder positive Preisveränderungen verzeichnet werden. Im Zeitraum Jänner bis Juni des laufenden Jahres betrug die Inflation im Euroraum durchschnittlich 1.3 %. Auch das Geldmengenwachstum ist zuletzt deutlich zurückgegangen. Betrug das durchschnittliche Wachstum der Geldmenge M3 im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2009 noch 7.9 %, so war es in den Monaten Jänner bis Mai 2010 leicht negativ und belief sich auf -0.2 %. Insgesamt geht das Institut davon aus, dass die Europäische Zentralbank die Leitzinsen im Euroraum während des Prognosezeitraums nur leicht und langsam anheben wird. Basierend auf dieser Annahme wird für den Zeitraum 2010 bis 2014 ein durchschnittlicher 3-Monats-Euribor von 1.8 % erwartet.

Der Aufschlag österreichischer Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren gegenüber deutschen Bundesanleihen der gleichen Laufzeit, welcher zu Jahresbeginn 2009 markant angestiegen war, ist im weiteren Jahresverlauf wieder gesunken. Im Zeitraum Jänner bis Juli 2010 betrug dieser Spread durchschnittlich rund 35 Basispunkte, während er in den Jahren 2005 bis 2009 20 bzw. 2008 bis 2009 70 Basispunkte betragen hatte. Österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren wiesen in den vergangenen fünf Jahren eine durchschnittliche Rendite von 3.9 % auf, zuletzt rentierten sie bei 3 %. Das Institut erwartet einen leichten Anstieg der langfristigen Renditen für Österreich. Für den Prognosezeitraum 2010 bis 2014 wird daher eine durchschnittliche Rendite von 4.1 % prognostiziert.

Vor dem Hintergrund der neuerlichen Finanzmarkturbulenzen beschlossen die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union, die Ergebnisse der vom Europäischen Ausschuss der Bankenaufsichtsbehörden (CEBS) in Zusammenarbeit mit den nationalen Aufsichtsbehörden und der EZB durchgeführten Banken-Stresstests zu veröffentlichen. Damit soll eine größere Transparenz über die Widerstandsfähigkeit des europäischen Bankensystems im Hinblick auf einen konjunkturellen Abschwung bzw. eine negative Entwicklung der Finanzmärkte geschaffen werden. Von den 91 getesteten Banken, welche zumindest 50 % der Bilanzsumme aller europäischen Banken ausmachen, blieben sieben Banken – darunter keine österreichischen – im strengsten Stressszenario unter der Kernkapitalquote von 6 %.



Quelle: Thomson Reuters Datastream

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)		2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
GDP	BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	261,762 3,7%	267,465 2,2%	257,065 -3,9%	260,949 1,5%	266,004 1,9%	271,626 2,1%	277,782 2,3%	284,160 2,3%
GDP\$	BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	272,010 5,9%	283,085 4,1%	274,320 -3,1%	281,990 2,8%	291,664 3,4%	301,917 3,5%	313,825 3,9%	327,498 4,4%
PGDP	DEFLATOR DES BIP (2005=100)	103,915 2,1%	105,840 1,9%	106,712 0,8%	108,063 1,3%	109,646 1,5%	111,152 1,4%	112,975 1,6%	115,251 2,0%
PLC	VERBRAUCHERPREISINDEX (2005=100)	103,700 2,2%	107,000 3,2%	107,500 0,5%	109,328 1,7%	111,295 1,8%	113,187 1,7%	115,338 1,9%	117,529 1,9%
YWGLEA	ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	40,754 3,0%	41,913 2,8%	42,860 2,3%	43,332 1,1%	44,198 2,0%	45,303 2,5%	46,617 2,9%	48,016 3,0%
LEA	UNSELBSTÄNDIG AKTIV- BESCHÄFTIGTE IN 1000 PERSONEN	3227,449 2,1%	3304,128 2,4%	3259,310 -1,4%	3275,606 0,5%	3298,536 0,7%	3328,222 0,9%	3354,848 0,8%	3383,700 0,9%
UR	ARBEITLOSQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	6,232 -0,563	5,843 -0,389	7,163 1,321	7,219 0,056	7,166 -0,053	6,937 -0,229	6,813 -0,124	6,729 -0,084

TAB. 1/2: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMponentEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Var1	0,392	0,233	0,740	0,477	0,579	0,606	0,724	0,667
Var2	-0,008	0,016	-0,048	0,003	0,007	0,019	0,022	0,020
Var3	0,387	0,714	0,079	0,144	0,048	0,094	0,138	0,136
Var4	1,579	0,240	-2,896	-0,120	0,369	0,684	0,684	0,699
Var5	0,651	0,706	-1,273	-0,150	0,292	0,467	0,429	0,437
Var6	0,179	0,175	-0,650	-0,106	0,000	0,142	0,181	0,190
Var7	0,101	-0,083	0,266	-0,012	0,000	0,000	0,000	0,000
Var8	4,873	0,565	-9,409	2,917	3,178	3,248	3,230	3,454
Var9	4,063	0,054	-7,916	2,607	2,583	2,786	2,711	2,931
Var10	0,800	0,518	-1,488	0,312	0,594	0,473	0,528	0,536
Var11	-3,595	0,493	7,380	-1,898	-2,243	-2,537	-2,532	-2,681
Var12	-3,577	0,285	6,355	-1,715	-1,920	-2,294	-2,254	-2,411
Var13	-0,007	0,207	1,023	-0,196	-0,331	-0,265	-0,297	-0,293
GDP	3,729	2,179	-3,888	1,511	1,937	2,114	2,266	2,296

TAB. 1/3: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT		2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Var1	INVESTITIONSQUOTE ABSOLUTE DIFFERENZEN	23,119 0,717	22,861 -0,258	20,773 -2,088	20,345 -0,428	20,320 -0,025	20,570 0,249	20,782 0,213	21,000 0,217
UREU	ARBEITSLLOSENQUOTE EU DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	4,4 -0,3	3,8 -0,6	4,8 1,0	5,0 0,2	5,0 0,0	4,8 -0,2	4,8 0,0	4,7 -0,1
Var4	REALZINSSATZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	2,238 0,265	2,388 0,149	3,096 0,708	2,124 -0,972	2,415 0,291	2,877 0,462	2,859 -0,018	2,486 -0,374
Var5	REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV BESCH.	38,808 0,2%	38,933 0,3%	40,151 3,1%	39,914 -0,6%	39,992 0,2%	40,307 0,8%	40,702 1,0%	41,142 1,1%
PRLEA	ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV BESCH.	8,110 1,6%	8,095 -0,2%	7,887 -2,6%	7,966 1,0%	8,064 1,2%	8,161 1,2%	8,280 1,5%	8,398 1,4%
Var6	ÖFF. DEFIZIT MAASTRICHT IN PROZENT DES BIP ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,4 1,1	-0,4 0,0	-3,5 -3,0	-4,5 -1,1	-4,0 0,5	-3,3 0,7	-2,7 0,6	-2,3 0,4

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)		2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
C\$	PRIVATER KONSUM	140,330 3,5%	144,513 3,0%	145,409 0,6%	149,211 2,6%	153,568 2,9%	157,990 2,9%	163,246 3,3%	168,510 3,2%
CNP\$	EIGENKONSUM NON-PROFIT	3,482 0,4%	3,640 4,5%	3,597 -1,2%	3,651 1,5%	3,728 2,1%	3,868 3,7%	4,032 4,2%	4,207 4,3%
CP\$	ÖFFENTLICHER KONSUM	49,495 4,4%	52,877 6,8%	54,714 3,5%	55,676 1,8%	56,094 0,8%	57,361 2,3%	58,803 2,5%	60,666 3,2%
IF\$	BRUTTO INVESTITIONEN	63,001 9,9%	65,615 4,1%	58,414 -11,0%	59,000 1,0%	61,011 3,4%	64,087 5,0%	67,408 5,2%	70,956 5,3%
IFE\$	AUSRÜSTUNGS- INVESTITIONEN	28,207 8,0%	30,451 8,0%	26,996 -11,3%	26,857 -0,5%	28,023 4,3%	29,618 5,7%	31,216 5,4%	32,901 5,4%
IFC\$	BAUINVESTITIONEN	30,072 6,0%	31,983 6,4%	30,982 -3,1%	31,285 1,0%	31,833 1,8%	33,005 3,7%	34,405 4,2%	35,935 4,4%
DIF\$	STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,003 0,004	0,027 0,024	-0,265 -0,292	-0,252 0,013	-0,252 0,000	-0,252 0,000	-0,252 0,000	-0,252 0,000
VD\$	INLANDSNACHFRAGE	256,310 5,1%	266,671 4,0%	261,869 -1,8%	267,287 2,1%	274,149 2,6%	283,054 3,2%	293,236 3,6%	304,086 3,7%
X\$	EXPORTE I.W.S.	161,397 10,5%	167,598 3,8%	138,618 -17,3%	147,863 6,7%	158,908 7,5%	169,240 6,5%	180,655 6,7%	194,124 7,5%
M\$	IMPORTE I.W.S.	145,697 9,6%	151,184 3,8%	126,167 -16,5%	133,160 5,5%	141,393 6,2%	150,377 6,4%	160,066 6,4%	170,712 6,7%
GDP\$	B I P ZU MARKTPREISEN	272,010 5,9%	283,085 4,1%	274,320 -3,1%	281,990 2,8%	291,664 3,4%	301,917 3,5%	313,825 3,9%	327,498 4,4%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2005)

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
C	133,629 0,7%	134,238 0,5%	136,216 1,5%	137,442 0,9%	138,954 1,1%	140,566 1,2%	142,534 1,4%	144,387 1,3%
CNP	3,483 -0,5%	3,525 1,2%	3,396 -3,7%	3,404 0,3%	3,421 0,5%	3,473 1,5%	3,532 1,7%	3,588 1,6%
CP	47,331 2,1%	49,200 4,0%	49,413 0,4%	49,783 0,8%	49,908 0,3%	50,157 0,5%	50,533 0,8%	50,912 0,8%
IF	60,516 7,0%	61,145 1,0%	53,400 -12,7%	53,091 -0,6%	54,053 1,8%	55,873 3,4%	57,729 3,3%	59,672 3,4%
IFE	27,343 6,4%	29,192 6,8%	25,787 -11,7%	25,400 -1,5%	26,162 3,0%	27,405 4,8%	28,569 4,3%	29,784 4,3%
IFC	28,507 1,6%	28,964 1,6%	27,225 -6,0%	26,952 -1,0%	26,952 0,0%	27,330 1,4%	27,822 1,8%	28,350 1,9%
DIF	0,146 0,254	-0,071 -0,217	0,641 0,712	0,609 -0,032	0,609 0,000	0,609 0,000	0,609 0,000	0,609 0,000
VD	245,111 2,6%	247,997 1,2%	242,584 -2,2%	244,307 0,7%	246,919 1,1%	250,652 1,5%	254,912 1,7%	259,143 1,7%
X	154,542 8,6%	156,021 1,0%	130,856 -16,1%	138,354 5,7%	146,647 6,0%	155,286 5,9%	164,059 5,6%	173,654 5,8%
M	137,885 7,0%	136,594 -0,9%	116,856 -14,4%	121,735 4,2%	127,588 4,8%	134,338 5,3%	141,214 5,1%	148,663 5,3%
GDP	261,762 3,7%	267,465 2,2%	257,065 -3,9%	260,949 1,5%	266,004 1,9%	271,626 2,1%	277,782 2,3%	284,160 2,3%

TAB. 4: PREISINDIZES (2005 = 100)

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
PC	105,015 2,7%	107,654 2,5%	106,748 -0,8%	108,563 1,7%	110,517 1,8%	112,396 1,7%	114,531 1,9%	116,707 1,9%
PCP	104,574 2,2%	107,472 2,8%	110,729 3,0%	111,836 1,0%	112,396 0,5%	114,362 1,8%	116,364 1,8%	119,157 2,4%
PIF	104,106 2,6%	107,310 3,1%	109,391 1,9%	111,131 1,6%	112,873 1,6%	114,702 1,6%	116,765 1,8%	118,909 1,8%
PIFE	103,160 1,5%	104,312 1,1%	104,690 0,4%	105,737 1,0%	107,112 1,3%	108,076 0,9%	109,265 1,1%	110,467 1,1%
PIFC	105,490 4,3%	110,422 4,7%	113,800 3,1%	116,076 2,0%	118,107 1,8%	120,764 2,3%	123,663 2,4%	126,754 2,5%
PVD	104,569 2,5%	107,530 2,8%	107,950 0,4%	109,406 1,3%	111,028 1,5%	112,927 1,7%	115,034 1,9%	117,343 2,0%
PX	104,436 1,8%	107,420 2,9%	105,932 -1,4%	106,873 0,9%	108,361 1,4%	108,986 0,6%	110,116 1,0%	111,788 1,5%
PM	105,666 2,4%	110,681 4,7%	107,968 -2,5%	109,385 1,3%	110,820 1,3%	111,939 1,0%	113,350 1,3%	114,832 1,3%
PGDP	103,915 2,1%	105,840 1,9%	106,712 0,8%	108,063 1,3%	109,646 1,5%	111,152 1,4%	112,975 1,6%	115,251 2,0%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)		2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
XG\$	WARENEXPORTE	118,724 11,5%	121,511 2,3%	96,986 -20,2%	104,954 8,2%	113,492 8,1%	122,044 7,5%	131,276 7,6%	142,239 8,4%
XSO\$	EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	30,733 9,6%	33,135 7,8%	29,268 -11,7%	30,517 4,3%	32,682 7,1%	34,077 4,3%	35,863 5,2%	37,857 5,6%
XST\$	REISEVERKEHR	11,941 4,2%	12,952 8,5%	12,364 -4,5%	12,392 0,2%	12,735 2,8%	13,119 3,0%	13,516 3,0%	14,028 3,8%
X\$	EXPORTE I.W.S.	161,397 10,5%	167,598 3,8%	138,618 -17,3%	147,863 6,7%	158,908 7,5%	169,240 6,5%	180,655 6,7%	194,124 7,5%
MG\$	WARENIMPORTE	117,654 10,9%	122,067 3,8%	99,313 -18,6%	105,333 6,1%	112,089 6,4%	119,900 7,0%	128,197 6,9%	137,328 7,1%
MSO\$	IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	22,522 5,7%	23,729 5,4%	21,160 -10,8%	22,121 4,5%	23,441 6,0%	24,504 4,5%	25,678 4,8%	26,976 5,1%
MST\$	REISEVERKEHR	5,521 1,2%	5,388 -2,4%	5,694 5,7%	5,706 0,2%	5,864 2,8%	5,973 1,9%	6,190 3,6%	6,409 3,5%
M\$	IMPORTE I.W.S.	145,697 9,6%	151,184 3,8%	126,167 -16,5%	133,160 5,5%	141,393 6,2%	150,377 6,4%	160,066 6,4%	170,712 6,7%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2005)

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
XG	113,454 9,9%	113,596 0,1%	92,425 -18,6%	99,125 7,3%	105,866 6,8%	113,277 7,0%	120,640 6,5%	128,783 6,8%
XSO	29,305 5,7%	29,847 1,8%	26,277 -12,0%	27,262 3,8%	28,693 5,3%	29,769 3,8%	31,020 4,2%	32,260 4,0%
XST	11,756 3,8%	12,571 6,9%	12,161 -3,3%	11,979 -1,5%	12,099 1,0%	12,280 1,5%	12,465 1,5%	12,714 2,0%
X	154,542 8,6%	156,021 1,0%	130,856 -16,1%	138,354 5,7%	146,647 6,0%	155,286 5,9%	164,059 5,6%	173,654 5,8%
MG	111,556 8,8%	110,809 -0,7%	93,813 -15,3%	98,222 4,7%	103,231 5,1%	109,332 5,9%	115,455 5,6%	122,151 5,8%
MSO	21,121 0,6%	20,844 -1,3%	17,898 -14,1%	18,480 3,3%	19,293 4,4%	19,968 3,5%	20,667 3,5%	21,390 3,5%
MST	5,181 -2,0%	4,917 -5,1%	5,127 4,3%	5,050 -1,5%	5,101 1,0%	5,132 0,6%	5,239 2,1%	5,331 1,8%
M	137,885 7,0%	136,594 -0,9%	116,856 -14,4%	121,735 4,2%	127,588 4,8%	134,338 5,3%	141,214 5,1%	148,663 5,3%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2005 = 100)

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
PXG	104,645 1,4%	106,968 2,2%	104,936 -1,9%	105,880 0,9%	107,203 1,3%	107,739 0,5%	108,817 1,0%	110,449 1,5%
PXSO	104,870 3,7%	111,015 5,9%	111,385 0,3%	111,941 0,5%	113,900 1,8%	114,470 0,5%	115,615 1,0%	117,349 1,5%
PXST	101,572 0,4%	103,031 1,4%	101,665 -1,3%	103,444 1,8%	105,254 1,8%	106,833 1,5%	108,435 1,5%	110,333 1,8%
PX	104,436 1,8%	107,420 2,9%	105,932 -1,4%	106,873 0,9%	108,361 1,4%	108,986 0,6%	110,116 1,0%	111,788 1,5%
PMG	105,466 1,9%	110,160 4,5%	105,864 -3,9%	107,240 1,3%	108,580 1,3%	109,666 1,0%	111,037 1,3%	112,425 1,3%
PMSO	106,632 5,1%	113,840 6,8%	118,225 3,9%	119,703 1,3%	121,498 1,5%	122,713 1,0%	124,247 1,3%	126,111 1,5%
PMST	106,575 3,3%	109,583 2,8%	111,042 1,3%	112,985 1,8%	114,962 1,8%	116,399 1,3%	118,145 1,5%	120,213 1,8%
PM	105,666 2,4%	110,681 4,7%	107,968 -2,5%	109,385 1,3%	110,820 1,3%	111,939 1,0%	113,350 1,3%	114,832 1,3%
Var1	98,836 -0,7%	97,054 -1,8%	98,114 1,1%	97,703 -0,4%	97,781 0,1%	97,361 -0,4%	97,148 -0,2%	97,349 0,2%
Var2	99,221 -0,5%	97,103 -2,1%	99,123 2,1%	98,732 -0,4%	98,732 0,0%	98,243 -0,5%	98,001 -0,2%	98,243 0,2%

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Var1	53,563 1,846	53,406 -0,158	45,993 -7,413	47,222 1,229	48,478 1,257	49,807 1,329	51,005 1,197	52,126 1,122
Var2	43,254 1,954	43,120 -0,133	36,203 -6,917	37,353 1,150	38,431 1,077	39,713 1,282	40,850 1,137	41,933 1,083
Var3	59,335 2,516	59,204 -0,131	50,532 -8,673	52,436 1,904	54,483 2,048	56,055 1,572	57,566 1,510	59,275 1,709
Var4	43,647 2,197	42,924 -0,723	35,355 -7,569	37,219 1,864	38,912 1,693	40,423 1,511	41,831 1,408	43,432 1,601

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
POPWAT	5376,975 0,3%	5399,674 0,4%	5414,200 0,3%	5433,726 0,4%	5456,832 0,4%	5473,700 0,3%	5484,900 0,2%	5494,200 0,2%
TLFPR	73,943 0,9%	75,002 1,4%	74,935 -0,1%	75,010 0,1%	75,205 0,3%	75,491 0,4%	75,868 0,5%	76,324 0,6%
TLF	3975,888 1,3%	4049,847 1,9%	4057,144 0,2%	4075,848 0,5%	4103,822 0,7%	4132,151 0,7%	4161,309 0,7%	4193,374 0,8%
Var1	3523,747 0,9%	3575,526 1,5%	3579,802 0,1%	3591,345 0,3%	3609,629 0,5%	3624,367 0,4%	3638,292 0,4%	3654,667 0,5%
DLFFOR	452,141 4,4%	474,321 4,9%	477,343 0,6%	484,503 1,5%	494,193 2,0%	507,783 2,8%	523,017 3,0%	538,707 3,0%
SEG	409,600 0,8%	417,100 1,8%	423,300 1,5%	429,650 1,5%	435,020 1,3%	440,458 1,3%	445,964 1,3%	450,423 1,0%
DLF	3566,288 1,3%	3632,747 1,9%	3633,844 0,0%	3646,199 0,3%	3668,802 0,6%	3691,693 0,6%	3715,345 0,6%	3742,951 0,7%
LEA	3227,449 2,1%	3304,128 2,4%	3259,310 -1,4%	3275,606 0,5%	3298,536 0,7%	3328,222 0,9%	3354,848 0,8%	3383,700 0,9%
LENACT	116,590 -2,0%	116,366 -0,2%	114,226 -1,8%	107,372 -6,0%	107,372 0,0%	107,372 0,0%	107,372 0,0%	107,372 0,0%
UN	222,248 -7,1%	212,253 -4,5%	260,309 22,6%	263,220 1,1%	262,894 -0,1%	256,098 -2,6%	253,124 -1,2%	251,879 -0,5%
UR	6,232 -0,563	5,843 -0,389	7,163 1,321	7,219 0,056	7,166 -0,053	6,937 -0,229	6,813 -0,124	6,729 -0,084

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
GDP\$	272,010 5,9%	283,085 4,1%	274,320 -3,1%	281,990 2,8%	291,664 3,4%	301,917 3,5%	313,825 3,9%	327,498 4,4%
YWGG\$	131,530 5,1%	138,486 5,3%	139,695 0,9%	141,938 1,6%	145,790 2,7%	150,779 3,4%	156,393 3,7%	162,470 3,9%
BUSE	111,530 6,5%	114,919 3,0%	105,043 -8,6%	110,248 5,0%	114,937 4,3%	119,272 3,8%	124,547 4,4%	131,057 5,2%
PASUB	28,950 6,7%	29,680 2,5%	29,583 -0,3%	29,805 0,8%	30,937 3,8%	31,865 3,0%	32,885 3,2%	33,970 3,3%
YF\$	-3,300 18,5%	-3,919 18,8%	-2,861 -27,0%	-2,518 -12,0%	-2,518 0,0%	-2,518 0,0%	-2,518 0,0%	-2,518 0,0%
DEP\$	41,145 5,2%	43,313 5,3%	44,768 3,4%	46,223 3,3%	47,725 3,3%	49,396 3,5%	51,124 3,5%	53,042 3,8%
Y\$	227,565 5,8%	235,853 3,6%	226,691 -3,9%	233,249 2,9%	241,421 3,5%	250,004 3,6%	260,183 4,1%	271,938 4,5%
YT\$	-1,523 -15,9%	-2,064 35,6%	-2,399 16,2%	-2,399 0,0%	-2,399 0,0%	-2,399 0,0%	-2,399 0,0%	-2,399 0,0%
NE\$	226,042 6,0%	233,788 3,4%	224,292 -4,1%	230,850 2,9%	239,022 3,5%	247,605 3,6%	257,784 4,1%	269,539 4,6%

Autoren: Bernhard Felderer, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Helmut Hofer,
Robert M. Kunst, Ulrich Schuh, Wolfgang Schwarzbauer, Edith Skriner,
Ludwig Strohner, Klaus Weyerstraß

Titel: Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft 2010-2014

Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 63

Redaktion: Isabella Andrej

© 2010 Institut für Höhere Studien (IHS)

Eigentümer, Herausgeber und Hersteller: Institut für Höhere Studien (IHS)

Stumpergasse 56, A-1060 Wien ♦ ☎ +43 1 59991-0 ♦ Fax +43 1 59991-555 ♦ <http://www.ihs.ac.at>
